

Inhaltsverzeichnis

Statt eines Vorwortes	2
Was hier und heute passieren soll	3
Einführungsvortrag:	4
Ökonomische Globalisierung und staatliche Handlungsfähigkeit (Daniela Setton)	
Leitfragen für die Gruppenbeiträge	8
AK Stellenstreichung der Fachschaftsräte Vollversammlung an der Universität Tübingen	9
Personalrat der Universitätskliniken Tübingen	10
Klimagruppe Tübingen	11
Initiative gegen die geplante Bioethik-Konvention	12
Club Behinderter und ihrer Freunde	13
ATTAC Tübingen	14
AIDS-Hilfe Tübingen/Reutlingen	15
Kein Mensch ist illegal	16
DGB Arbeitskreis Tübingen	17
Friedensplenum Tübingen	18
Thesen zur Gründung eines social forum Tübingen/Reutlingen	19
Abschlussdiskussion	21
einige vorschläge zur weiteren arbeit (zak)	22
Anhang (Texte, Flugblätter, Zeitungsartikel)	23

Postadresse:

social forum Tübingen/Reutlingen
c/o Ralf Jaster
Provenceweg 3
72072 Tübingen

socialforum-tuebingen@gmx.de
<http://www.social-forum.de>

Statt eines Vorwortes

Im Rahmen eines Hearings lokaler Gruppen und Initiativen wurde in Tübingen das erste lokale „social forum“ (Plattform globalisierungskritischer Gruppen und Einzelpersonen) in der Bundesrepublik Deutschland gegründet.

Am „Hearing Tübinger und Reutlinger Initiativen zu den lokalen Folgen der neoliberalen Globalisierung“ in der Eberhardsgemeinde in Tübingen haben am Samstag, 23.2.2002 200 Personen teilgenommen, 25 Gruppen und Initiativen waren aktiv beteiligt.

(Ankündigung für das Hearing und Aufruf zur Gründung von lokalen social foren in allen Städten unter: <http://germany.indymedia.org/2002/02/15962.html>)

Nach einem Vortrag der Politologin Daniela Setton (Frankfurt) stellten zwölf Gruppen ihre Arbeit und die Auswirkungen von Privatisierung, Mittelkürzung, Flexibilisierung etc. auf ihr Leben bzw. ihre Aktivitäten dar (siehe unten).

Weitere Initiativen, die mit Wandzeitungen, Infotischen etc. beteiligt waren:

Infoladen Tübingen; Informationsstelle Militarisation, IMI; Freie ArbeiterInnen Union Tübingen, FAU; Cubagruppe Tübingen; Wohnprojekt Schellingstraße; Wohnprojekt Wilhelma; Tübinger Arbeitslosen Treff, TAT; Kirchenasyl-Plenum; Gruppe Arbeitermacht; Freies Radio Wüste Welle; Bündnis gegen Abschiebehaft; Frauen International Tübingen, FIT. Food not Bombs hat das Hearing mit einem superleckeren, kostenlosen, vegetarischen Büffet unterstützt.

Durch die Beiträge der Gruppen wurde deutlich: Die neoliberale Globalisierung zerstört das menschliche Zusammenleben in Tübingen/Reutlingen und weltweit. Dagegen wollen wir Protest und Widerstand organisieren. Eine andere Welt ist nötig - und möglich!

In der abschließenden Diskussion über die Zusammenarbeit in einem lokalen „social forum“ wurden Ideen gesammelt und weitere Zusammenkünfte zur Planung von ersten gemeinsamen Aktionen vereinbart.

Nach dem Vorbild des Genua social

forum haben sich nach Protesten gegen den G8-Gipfel in ganz Italien „social forums“ als gesellschaftliche Plattformen des außerparlamentarischen Widerstandes gebildet. Mit dem „social forum Tübingen/Reutlingen“ ist damit das erste lokale „social forum“ in der Bundesrepublik Deutschland gegründet worden.

Tübingen, 23. Feb. 2002

Kontaktadresse:

socialforum-tuebingen@gmx.de

<http://www.social-forum.de>

PROGRAMM

12.15 - 13.45 Uhr: Daniela Setton (Frankfurt/M.): Ökonomische Globalisierung und staatliche Handlungsfähigkeit (Vortrag mit Diskussion)

14.15 - 15.45 Uhr: Hearing der lokalen Initiativen

- 1) AK Stellenstreichung an der Universität Tübingen
- 2) Personalrat des Universitätsklinikums Tübingen
- 3) Klimagruppe Tübingen
- 4) Initiative gegen die geplante Bioethikkonvention
- 5) Arbeiterbildungsverein Reutlingen
- 6) Koordinationsstelle Tübinger Behindertengruppen
- 7) Theatergruppe des Zentralamerika-Komitees
- 8) ATTAC Tübingen
- 9) Aids-Hilfe Tübingen/Reutlingen
- 10) Kein Mensch ist illegal Tübingen
- 11) DGB-Arbeitskreis Tübingen
- 12) Friedensplenum Tübingen

16.15 - 18 Uhr: Wie Weiter?

Diskussion über die Gründung des „social forum Tübingen/Reutlingen“

Was hier und heute passieren soll ...

Liebe FreundInnen,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir, die Vorbereitungsgruppe, begrüßen Euch bzw. Sie recht herzlich zum Hearing globalisierungskritischer Gruppen im Raum Tübingen und Reutlingen.

Unser Hearing „Globalisierung von unten“ ist ein Beitrag zu einer sozialen Bewegung, die den lokalen Protest gegen die neoliberale Politik und die umfassende Ökonomisierung des Lebens mit den Perspektiven der globalen sozialen Bewegungen verknüpfen soll.

Nach den Ereignissen in Genua war klar: ein Gespenst geht um in Europa. Das Gespenst sind wir alle, die nicht mehr der sakrosankten Marktwirtschaft bzw. der kapitalistischen Vergesellschaftung huldigen wollen.

Ziel des Hearings ist die Gründung eines social forums.

Wir möchten vorausschicken, daß das social forum kein neuer Verein sein wird. Wir wollen viel mehr. Wir wollen eine gesellschaftliche Auseinandersetzung provozieren, die deutlich macht: Eine andere Welt ist möglich.

Es geht nicht um Programme, Statuten und Sprecherposten. Nein, wir wollen noch sehr viel mehr. Wir wollen eine Auseinandersetzung um gesellschaftliche Alternativen auf die Tagesordnung setzen, die den noch herrschenden Konsens bröckeln lassen soll. Wir wollen keine Wahlen gewinnen, sondern die Selbstregierung vortreiben. Bis dahin ist es aber noch ein langer Weg.

Wir hoffen auf Eure Neugier, auf Euer Wissen und auf eine politische Reife, die Trennendes zurückstellt und Ge-



meinsames in den Vordergrund stellt. In diesem Sinne wünschen wir uns allen eine fruchtbare Diskussion.

Jetzt möchte ich noch kurz den Ablauf des heutigen Hearings skizzieren:

I Einführung

Daniela Setton ist dankenswerterweise für den erkrankten Elmar Altvater eingesprungen. Ihr werdet sehen und hören: Sie ist mehr als ein Ersatz und wir freuen uns, sie trotz der Kurzfristigkeit für das Hearing gewonnen zu haben.

II Hearing

Wir wollen damit die Erstellung einer Art Landkarte der sozialen Kämpfe im Raum Tübingen/Reutlingen beginnen. Diese Landkarte ist kein Selbstzweck und dient nicht statistischen Zwecken, sondern soll deutlich machen: Wir sind nicht alleine.

III Was folgt daraus?

Wir, die Vorbereitungsgruppe, schlagen die Gründung eines social forums Tübingen/Reutlingen vor, und möchten darüber einen Diskussionsprozeß in Gang setzen. Deshalb startet die Vorbereitungsgruppe mit einigen Thesen,

die auch nochmal die diesem Hearing zugrundeliegenden Gedanken verdeutlichen werden.

Nun genug der Vorreden. Laßt uns mit dem Eingangsreferat beginnen. Daniela Setton ist Diplom-Politologin; arbeitet im „Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft“ der Bundeskoordination Internationalismus (Buko) mit und ist an einem WEED-Projekt zu Entwicklung und Finanzmärkten beteiligt.

Ihr Vortrag wird aufzeigen, wie sich die unter 'Globalisierung' gefassten weltwirtschaftlichen Zusammenhänge auf die Handlungsfähigkeit des Nationalstaates auswirken und inwiefern neoliberale Politiken staatliche Antworten auf solche Prozesse sind. Vor diesem Hintergrund nimmt sie eine Einschätzung der Möglichkeiten und Grenzen eines globalisierungskritischen Protests vor.

(Vorbereitungsgruppe für das hearing)

Einführungsvortrag: Ökonomische Globalisierung und staatliche Handlungsfähigkeit

Globalisierungskritischer Protest tritt neben dem Aufzeigen der negativen Folgen der derzeitigen Form der Globalisierung immer auch einer weit verbreiteten Argumentationsfigur entgegen: dem Verständnis von Globalisierung als Sachzwang, der den staatlichen Akteuren eine bestimmte Politik quasi aufherrscht. Diese sehr simplifizierende Sicht endet schnell in der Annahme, staatliche Gestaltungsfähigkeit existiere nur noch im von ökonomischen Sachzwängen vorgegebenen Rahmen. Die angebliche Ohnmacht nationalstaatlicher Akteure gegenüber den globalisierten Märkten scheint allgemein akzeptiert zu sein. Insofern legitimiert schon der Verweis auf die Globalisierung häufig eine Politik der sozialen Einschnitte. Was dabei genau unter Globalisierung zu verstehen ist, scheint keiner Erklärung zu bedürfen – bleibt jedoch oft unklar.

Eine gründlichere Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Globalisierung und staatlicher Handlungsfähigkeit ist vor diesem Hintergrund dringend erforderlich. Dies ist insbesondere auch für eine globalisierungskritische Protestbewegung bedeutsam, die sich ja mit vielen ihrer Forderungen und Kritiken direkt oder indirekt an den Staat wendet, bzw. sich auf diesen bezieht. Allerdings sollte die Kritik an der scheinbaren Ausweglosigkeit aus den Zwängen des Ökonomischen auch nicht in einer Überschätzung der Gestaltungsfähigkeit staatlicher Politik resultieren und ohne Berücksichtigung der Funktionsmechanismen kapitalistischer Prozesse einseitig auf die Machbarkeit einer wohlfahrtssteigernden staatlichen Wirtschaftspolitik für alle Menschen setzen.

Komplexes Phänomen Globalisierung

Um die oben aufgeführte Denkfigur aufzubrechen, ist es zunächst einmal wichtig, dem allgemeinen Verständnis von Globalisierung als geradlinigem Prozess entgegenzusteuern. Es handelt sich beim Phänomen Globalisierung um einen hochgradig differenzierten Vorgang. Hinter der

Globalisierung verbergen sich höchst unterschiedliche sektorale, regionale und nationale Entwicklungen, die keinesfalls auf eine einfache Formel zu bringen sind. Kurt Hübner hat diese Prozesse aus diesem Grund auch als ‚Globalisierungskomplex‘ bezeichnet. (Hübner 1998)

Einerseits lässt sich Globalisierung in quantitativer und qualitativer Hinsicht betrachten. Globalisierung in quantitativer Hinsicht fasst die Zunahme grenzüberschreitender internationaler ökonomischer Transaktionen, kurz der Internationalisierung. In qualitativer Hinsicht meint Globalisierung darüber hinaus auch eine funktionale Integration nationaler ökonomischer Räume und Produktionspunkte. Andererseits entstehen durch die Globalisierung nicht allein Interdependenzen, sondern auch Prozesse der Desintegration und der Fragmentierung. Die jeweiligen nationalen, regionalen oder lokalen Räume sind in die globalen Prozesse auf höchst unterschiedliche Weise eingebunden bzw. mit diesen verbunden. Diese verschiedenen ‚Verarbeitungsformen‘ der globalen Prozesse wirken wiederum auf die Dynamik und Gestalt eben dieser zurück. Es handelt sich hierbei also um ein gegenseitiges Bedingungsverhältnis.

Dabei lassen sich drei Teilprozesse ökonomischer Globalisierung unterscheiden:

Erstens die *Internationalisierung/Globalisierung des Warenhandels*. Nachdem der Welthandel in der Zeit zwischen den Weltkriegen auf einen historischen Tiefstand gesunken war, wuchsen die Exporte bereits während des so genannten goldenen Zeitalters des Kapitalismus in den 1950er und 1960er Jahren schnell an. Dieses Wachstum setzte sich in den 1970er Jahren fort. Die Zuwachsraten der Exporte lagen in den 1990er Jahren bis einschließlich 1997 bei 7 bzw. 8%. Im Vergleich dazu: das reale Bruttoinlandsprodukt stieg in den 1990er Jahren weltweit lediglich um 2,3 %. Im historischen Vergleich stellt sich allerdings die Exportquote der OECD-Länder zu Beginn der 1990er Jahre als

nicht wesentlich höher heraus als die vor dem ersten Weltkrieg. (Hübner 1998, 53ff) Insofern ist die neue Qualität nicht allein in der absoluten Zunahme des grenzüberschreitenden Handels zu suchen, sondern vielmehr in seiner spezifischen räumlichen Struktur: der größte Teil des Welthandels findet heute zwischen OECD-Ländern statt. Des Weiteren liegt das historische Neue in der Zusammensetzung der gehandelten Waren und Dienstleistungen. Der firmen-interne und branchen-interne Handel nimmt dabei den größten Anteil an den internationalen Warenströmen ein, der zugleich in transnational organisierten Produktions- und Dienstleistungs-Netzwerken der Transnationalen Konzerne (TNK) eingebunden ist.

Ein zweiter wesentlicher Aspekt ist die *Internationalisierung/Globalisierung der Produktion*. Mit neuen Formen und Strategien der Kapitalverwertung versuchten TNK aus der Profitklemme der 1960er/1970er Jahren herauszufinden. Resultat sind die seit den 1980er Jahren erheblich angestiegenen grenzüberschreitenden Direktinvestitionen.

Vorangetrieben wurde dieser Prozess durch verschiedene Internationalisierungsstrategien: Bis in die 1980er Jahre hinein war eine Strategie dominant, die auf die international optimale Aufteilung einzelner Glieder der Wertschöpfungsketten zielte. Ab Mitte der 1980er Jahre wurde dann die gesamte Unternehmensstruktur zum Gegenstand der Globalisierung. Es entstanden zunehmend globale Unternehmensnetzwerke oder industrielle Komplexe, die durch vielfältige Konkurrenz- und Kooperationsformen gekennzeichnet sind und höchst unterschiedliche räumliche Formen annehmen: vom *global sourcing* bis zu den regional integrierten *industriellen Distrikten*. Ein wesentlicher Kernpunkt dieser Strategie ist auch die Internationalisierung der eigenen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten. Im Zuge dieser Entwicklungen erlangten die TNK einen massive Bedeutungszuwachs. (vgl. UN 1993) Vergleichbar mit der geographischen

Struktur des Warenhandels konzentrieren sich die Direktinvestitionen gegenwärtig überwiegend auf die Triadeländer (Nordamerika, Westeuropa, Japan), während die Bedeutung der übrigen lateinamerikanischen, osteuropäischen und asiatischen Länder noch immer relativ gering ist – trotz einer starken Zunahme der Direktinvestitionen in einigen dieser Staaten zu Beginn der 1990er Jahre. Fast völlig ausgeschlossen aus diesen Entwicklungen sind die allermeisten Länder Afrikas.

Der dritte relevante Teilprozess ist die *Internationalisierung/Globalisierung der Finanzmärkte*, die gemeinhin als das Paradebeispiel globalisierter Märkte gelten. Dabei sind drei Strukturveränderungen hervorzuheben, die die Entwicklungen der Finanzmärkte seit den 1970er Jahren entscheidend prägen: erstens die verstärkte *Internationalisierung* der Finanzmärkte, also die Herausbildung und das Wachstum der internationalen Finanzmärkte (Euromärkte) und der steigende Anteil von Anlagen bzw. der Kreditaufnahme von Ausländern auf den nationalen Finanzmärkten. Zur Illustration: Der jährliche Umsatz auf den Devisenmärkten veriezbigfachte sich im Zeitraum von 1977 bis 1995. Die täglichen Devisenumsätze belaufen sich heute auf ca. 1,5 Billionen US\$; davon hat nur etwa ein Prozent direkt mit dem internationalen Warenhandel zu tun.

Zweitens die *Securitization*, bzw. *Verbriefung*, der Trend der im Verhältnis zu den klassischen Bankkrediten zunehmenden Emission von Wertpapieren auf den Wertpapiermärkten. Der damit zusammenhängende Formwandel des Kreditverhältnisses beinhaltete die Transformation illiquider Mittel in handelbare Wertpapiere, was zu einer enormen Ausweitung der sekundären Wertpapiere führte. (Huffs Schmid 1999, 22ff)

Drittens die Tendenz der Zunahme der *Finanzinnovationen*. Damit ist die Entstehung von neuen Finanzinstrumenten und Verfahren seit den 1970er Jahren gemeint, die die Funktionsweise der Finanzmärkte entscheidend verändert hat; zu nennen sind hier beispielsweise die vielfältigen Formen von Finanzderivaten. Die Entwicklungen im Informations- und Telekommunikationsbereich stellten für den massiven Ausbau der Finanzinnovationen eine entscheidende Voraussetzung dar.

Diese drei Strukturveränderungen sind die Grundlage für diejenigen Phänomene, die spektakuläre Schlagzeilen machen: die hohe Volatilität der Finanz-

märkte, die starke Zunahme von internationalen Portfolio-Investitionen und die sich ausweitende Spekulation auf den Finanzmärkten.

Hinzuweisen ist auch auf den politischen Wandel von einem restriktiven zu einem liberalen Finanzsystem, herbeigeführt durch Prozesse der Deregulierung und Liberalisierung, die die Strukturveränderungen auf den Finanzmärkten ermöglichten.

Die drei Dimensionen des ökonomischen Globalisierungsprozesses durchlaufen zwar jeweils ihre eigene Logik, sind jedoch dennoch miteinander verbunden und bedingen sich gegenseitig. Die Internationalisierung des Kapitals ist dabei kein ‚Selbstläufer‘, sondern wurde durch Suchprozesse und Strategien politischer und ökonomischer Akteure vorangetrieben. Somit verstanden als strategischer Prozess, ist die ökonomische Globalisierung in historisch spezifische nationale Konstellationen und Prozesse der Interessensformation eingebunden und wird durch diese ebenso bestimmt wie andersherum.

Die Vielschichtigkeit derjenigen Prozesse, die hinter dem Phänomen Globalisierung stecken, bedeuten nun auch, dass die Frage nach den Auswirkungen von Globalisierung auf staatliche Handlungsfähigkeit keinesfalls eine einfache Antwort zulässt. Hier macht sich eine Art Doppeldeutigkeit von Globalisierung bemerkbar: Globalisierung kann einerseits als Sachzwang verstanden werden und ist insofern ein „Faktum“; andererseits ist Globalisierung aber *auch* ein Mythos, bzw. Rhetorik: sie beinhaltet auf der politischen Ebene Konzepte wie Standortkonkurrenz und Wettbewerbsfähigkeit, die zu allgemein verständlichen Schlagworten avancierten. Sie stilisierten die eingeschlagenen Pfade soziale Kürzungspolitiken als unumgängliche und paradoxerweise sogar wünschenswerte Notwendigkeit. Insofern ist Globalisierung auch als ein diskursives Ereignis aufzufassen: Prozesse ökonomischer Transformation stehen im Zusammenhang mit der Verfestigung bzw. Veränderung bestimmter gesellschaftlich hegemonialer Wahrnehmungs- und Denkweisen.

Die Berücksichtigung dieser Doppeldeutigkeit von Globalisierung ist für das Verständnis des Verhältnisses von Globalisierung und staatlicher Handlungsfähigkeit absolut zentral. Einerseits wirkt sich die durch den Niedergang der restriktiven internationalen Finanzordnung der Nachkriegszeit

möglich gewordene, insbesondere seit den 1980er Jahren massiv angestiegene Kapitalmobilität stark einschränkend auf den wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum des Nationalstaates aus. Andererseits ist die konkrete staatliche Wirtschaftspolitik ausschließlich das Ergebnis politischer Auseinandersetzungen, in denen bestimmte sich allgemein durchsetzende *Deutungen* der ökonomischen (Zwangs)Lage und daraus folgende Handlungsoptionen zum Ausdruck kommen.

Freier Kapitalverkehr und staatliche Handlungsfähigkeit

Auf der makroökonomischen Ebene hat die internationale Kapitalmobilität, die sich seit dem Niedergang der restriktiven internationalen Finanzordnung der Nachkriegszeit insbesondere ab den 1980er Jahren massiv erhöhte, erhebliche Auswirkungen auf staatliche Wirtschaftspolitik. Die Unterscheidungen zwischen der Mobilität des Portfoliokapitals (Investitionen in Wertpapiere) und der des produktiven Kapitals (gemessen an den internationalen Direktinvestitionen) ist für eine genauere Betrachtung der Auswirkungen der Kapitalmobilität auf die Wirtschaftspolitik nützlich.

Die Mobilität des Portfoliokapitals ist durch die Möglichkeit, enorme Summen quasi durch einen Computer-Click weltweit zu verschieben, sehr hoch. Der makroökonomische Handlungsspielraum fast aller OECD-Staaten ist durch die weltweite Integration der Devisenmärkte und die verstärkte Integration der Anleihenmärkte beschränkt worden. Dies hat insbesondere Konsequenzen für die nationale Stabilitätspolitik, also für die Geldpolitik und die Haushaltspolitik. Stark expansive makroökonomische Programme werden auf den internationalen Finanzmärkten entweder mit Risikoprämien oder potenziellen Währungskrisen sanktioniert. Der Mechanismus lässt sich folgendermaßen beschreiben: Wenn die Zentralbank in einem Land zu stark die Geldmenge ausdehnt, ein anderes Land jedoch eine restriktive Geldpolitik betreibt, dann wird das in diesem Sinne weniger stabilitätsorientierte Land höhere Zinsen haben und eine Abwertung erfahren. Inflation im Inneren in Verbindung mit hohen Budgetdefiziten kann zu massivem Misstrauen auf den Finanzmärkten führen. Das hat zur Konsequenz, dass Kapital abgezogen wird – die Währung des betroffenen Landes erfährt eine Abwertung.

Die sog. „Kontrollfunktion der Finanzmärkte“, besteht also darin, die nicht-stabilitätsorientierte Politik ‚abzustrafen‘. Neben dem Abzug von Kapital geschieht dies auch durch Währungsspekulationen: die Marktteilnehmer erwarten einen Vertrauensverlust, und damit die Abwertung der Währung; die Folge ist jedoch, dass die Währungsspekulation überhaupt erst die Abwertung herbeiführt bzw. erheblich verstärkt. Wichtig ist hierbei, dass es immer um die Glaubwürdigkeit einer Politik geht, d.h. die Erwartungen der Teilnehmenden auf den Finanzmärkten. Staatliche Politik muss also bei freiem Kapitalverkehr zu einem gewissen Grad auf die Interessen der Vermögensbesitzenden ausgerichtet sein, will sie nicht riskieren, ‚abgestraft‘ zu werden. Darin besteht der Zwang zur Stabilitätspolitik. Der Spielraum der politischen Entscheidungsträger wird dabei sozusagen von dem Maß der Glaubwürdigkeit einer bestimmten Politik begrenzt, und dieses Maß wird an den internationalen Finanzmärkten bestimmt – hier ist also wieder das diskursive Moment bedeutsam. Auf diese enormen Auswirkungen verweisend, bezeichnete Rolf Breuer von der Deutschen Bank die Finanzmärkte sogar als ‚fünfte Gewalt im Staate‘.

Insbesondere in den 1990er Jahren hat die internationale Kapitalmobilität Krisen ausgelöst, mit katastrophalen sozialen und ökonomischen Folgen. Der Politik wird in der neoliberalen Sicht die Schuld an so genannten Abstrafungen zugeschoben – mit dem Vorwurf, zu wenig stabilitätsorientiert zu sein und somit für die Wechselkursänderungen selbst Verantwortung zu tragen. Diese Sichtweise ist jedoch einseitig, denn Krisen werden von einer Vielzahl von Faktoren bedingt und liegen keinesfalls ausschließlich in nicht-marktkonformer Politik begründet.

Die zunehmende *Mobilität des produktiven Kapitals* macht sich insbesondere in den gestiegenen Macht- und Drohpotenzialen der TNK geltend. Auch wenn produktives Kapital bei weitem nicht so flexibel abziehbar ist wie Portfoliokapital, ist dies längerfristig durchaus möglich. Die politischen Voraussetzungen wurden dafür in der ab den 1980er Jahren forcierten Liberalisierung der Direktinvestitionen geschaffen.

Der Mobilität des produktiven Kapitals liegt dabei ein Vergleich der Investitionsbedingungen im In- und Ausland zugrunde; wenn die Politik also nicht nach den Interessen des

produktiven Kapitals ausgerichtet ist, können die Unternehmen den Standort wechseln, was eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit in dem jeweiligen Land zur Folge hat. Auch wenn die absolute Anzahl von Produktionsverlagerungen beispielsweise in Deutschland gar nicht so hoch ist, hat dennoch angesichts der hohen Arbeitslosigkeit allein schon die Androhung von Produktionsverlagerungen gegenwärtig enorme Auswirkungen auf die lokalen und nationalen Verteilungskämpfe. Sie bereitet z.B. den Boden für die Erhöhung des Drucks auf die Belegschaften. Die ‚Erpressung‘ kann nur deshalb gut funktionieren, weil Produktionsverlagerungen tatsächlich leichter möglich sind, auch, wenn von der Möglichkeit nicht immer Gebrauch gemacht wird.

Die Exit-Option des produktiven Kapitals hat somit starke Auswirkungen auf eine breiter definierte Wirtschaftspolitik: auf die Steuerpolitik, auf die Bereitstellung von Infrastruktur, auf die Lohn- und Technologiepolitik und auf die Gestaltung des institutionellen Ordnungsrahmens. Auch die sozialen Sicherungssysteme stehen unter dem Druck der so genannten Standortkonkurrenz. Die damit zusammenhängenden sozialen Probleme werden im Moment meist einseitig durch Kürzungen von Sozialleistungen ‚gelöst‘. Staatliche Steuerpolitik befindet sich in einem Dilemma: hohe Steuern auf Kapital bergen die Gefahr einer potenziellen Abwanderung von Kapital – niedrige Steuern jedoch schmälern erheblich die staatlichen Einnahmen.

Die prinzipielle Mobilität des Kapitals führt dazu, dass private Akteure wie TNK, Finanzinstitutionen u.a., einer eher nationalstaatlich Organisationsform von Staat und Gesellschaft gegenüberstehen. Ausdruck des neuen Globalisierungsschubs ist es insofern auch, dass neben dem System der nationalen und internationalen Staatenorganisation andere, formell private Akteure durch internationale Organisation und Ausübung von Druck im Inland zunehmend die ökonomischen und politischen Prozesse bestimmen.

Ein neuer kapitalistischer Staatstypus?

Die Reaktion staatlicher Politik auf die wachsende Internationalisierung und Globalisierung der Ökonomie, die diese zugleich auch antrieb und ermöglichte, liegt in dem wirtschaftspoliti-

schen Paradigmenwechsel von einer keynesianisch-nachfrageorientierten zu einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik ab Ende der 1970er Jahre. Mit dem wachsenden Zweifel an der Problemlösungskapazität keynesianischer Steuerungstechniken vor dem Hintergrund des Krisenjahrzehnts der 1970er Jahre mit einer hohen Inflation, langsamem Wachstum und Ölkrise konnte sich das angebotsorientierte, oder prominenter: neoliberale Politikkonzept durchsetzen. Dessen Bestandteile sind: eine Geldmengensteuerung nach monetaristischem Muster, Privatisierungen, De- und Re-Regulierungen, die Rückführung von Steuern und Staatsabgaben. Reallohnsenkungen oder Lohndifferenzierungen. Dieses wirtschaftspolitische Paradigma hat sich sozusagen zu einer ‚Pensée unique‘ entwickelt, bzw. lässt sich auch mit dem schönen Ausdruck von Margaret Thatcher als TINA-Denken (There is no alternative) versehen.

Eine begriffliche Präzisierung erhält dieser politische Paradigmenwechsel in der These von einem neuen Typus des kapitalistischen Staates, dem Entstehen des nationalen Wettbewerbsstaats. Die Annahme ist, dass sich staatliche Politik auf der Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit ausrichtet, die alle sozialen Sphären erfasst. Gefördert werden soll die Profitabilität spezifischer Standorte, um international flexibles Kapital anzuziehen. (Hirsch 1996, 107ff)

Es gibt in der Literatur jedoch unterschiedliche Einschätzungen darüber, inwiefern ein solcher qualitativ neuer Typus des kapitalistischen Staates bereits existiert, oder ob er bisher nur im Erscheinen begriffen ist. (vgl. Hübner 1998) Die Frage ist also, wie stark man die Homogenisierungstendenzen insbesondere in den Staaten der kapitalistischen Metropolen einschätzt.

Zunächst einmal lässt sich die von staatlichen Akteuren selbst vorgenommene Höherbewertung wettbewerbsfähigkeits-politischer gegenüber sozialstaatlichen Anforderungen feststellen. Die aktuelle Wirtschaftspolitik entwickelter kapitalistischer Staaten tendiert dazu, zu einer bloßen Anpassungspolitik zu degradieren, indem die durch den globalen Strukturzusammenhang gesetzten ökonomischen Strukturgrößen in der nationalen Politikgestaltung als unänderliche Rahmendaten genommen werden. Staatliche Akteure wenden dabei insbesondere zwei dominante Strategien an: *erstens* werden die am

wenigsten mobilen Formen (Lohnarbeit) zum eigentlichen Anpassungsobjekt gemacht, während die mobilsten Formen mit orthodoxen marktliberalen Argumentationen öffentlicher Kontrolle und Steuerung zu einem erheblichen Grad entzogen sind; *zweitens* wird der Versuch unternommen, in Form einer aufeinander abgestimmten staatlichen Innovations-, Bildungs-, und Infrastrukturpolitik sich selbst dauerhafte Vorteile in der Standortkonkurrenz zu sichern. Mit dem Ziel der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit nationaler Verwertungsräume wird das traditionelle makroökonomische Instrumentarium staatlicher Wirtschaftspolitik im Sinne einer sog. ‚Makro-Strategie‘ erweitert, die auf folgenden Politikfeldern angesiedelt ist: der Wettbewerbspolitik, der Bildungspolitik, der Forschungs- und Entwicklungspolitik sowie der Umweltpolitik. (vgl. Hübner 1998, 352)

Spiel-Räume staatlicher Politik ?

Wie steht es nun mit den Spielräumen nationalstaatlicher Politik innerhalb dieses Szenarios?

Entgegen weitverbreiteter Annahmen führt Globalisierung eben nicht zu einer ökonomischen und sozialen weltweiten Vereinheitlichung. Vielmehr werden die ökonomischen und sozialen Ungleichheiten durchaus verstärkt. Ein starker Homogenisierungstrend lässt sich für die Gruppe der entwickelten Ökonomien in den 1950er bis in die Mitte der 1960er Jahre auffinden, der zu einer Internationalisierung von Produktions- und Konsumnormen führte. Globalisierung führt jedoch heute zu einer starken Heterogenisierung. Entwicklungen der Regionalisierung und Globalisierung bewegen sich in einem widersprüchlichen Verhältnis zueinander und sind jeweils abhängig von spezifischen politischen und sozialen Bedingungen auf nationaler und lokaler Ebene.

Trotz einer voranschreitenden Globalisierung gewinnen nationale Spezifika wieder an Gewicht. Es lässt sich insofern von einer Aufwertung des Lokalen im Zuge der Globalisierung sprechen (Glokalisierung). Insofern ist die globale Standortkonkurrenz zuallererst eine Konkurrenz zwischen heterogenen und nicht zwischen primär homogenen Einheiten.

Dies verweist wiederum auf die nach wie vor bestehende Relevanz nationalstaatlicher Politik sowie national-regionaler Regulationsweisen. Schließlich lassen sich durchaus unterschiedliche

nationalstaatliche Pfade nachweisen, die gegenüber den globalen Strukturzwängen eine hohe Beharrungstendenz aufweisen. Es sind sogar häufig gerade solche nationalen Spezifika, die die Mobilität des produktiven Kapitals einschränken, da die Übertragung von einem national-dominierten Produktionskonzept in einen anderen nationalen Raum zu erheblichen arbeitspolitischen und produktionsorganisatorischen Problemen führen kann. In diesem Sinne lässt sich nicht von der Notwendigkeit der Durchsetzung eines einheitlichen politischen Modells sprechen oder gar der völligen Angleichung bspw. aller institutionellen Strukturen.

Nationale Regulationsweisen haben durchaus auch gerade unter Bedingungen ökonomischer Globalisierung eine wichtige Funktion. Bezüglich des internationalen Kompetenzwettbewerbs und der Beförderung des ökonomischen Strukturwandels kommt nationalen Institutionen sogar eine steigende Bedeutung zu. Darin liegen also Spielräume für die Politikgestaltung nationalstaatlicher Akteure – wenn auch eingeschränkte.

Darüber hinaus ist der national-sektorale Zusammenhang inzwischen sozusagen überwölbt von internationalen Regulationszusammenhängen. Mit der ökonomischen Globalisierung hat sich ein vielstufiges Regulierungsgefüge gebildet, in dem einerseits unterschiedliche Nicht-Regierungsorganisationen, Transnationale Konzerne, staatliche Akteure und internationale Organisationen eingebunden sind. Darin etablieren sich neue netzwerkartige Kooperationsformen zwischen quasi gleichberechtigten Akteuren. Das Resultat ist jedoch, dass ökonomische und politische Zuständigkeiten, aber auch Abhängigkeiten zunehmend diffuser und komplexer werden. Auch hierin sind sicherlich politische Spielräume vorhanden.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die Rede von den unumgänglichen Sachzwängen der Globalisierung stark anzuzweifeln ist. Allerdings bleibt die Frage nach den Spielräumen: Sind diese überhaupt beliebig ausnutzbar (also primär nach sozialen und ökologischen Gesichtspunkten gestaltbar) oder nicht vielmehr auch innerhalb des globalen Standortwettbewerbs zu verorten? Inwiefern ist es also möglich, *gegen* den Mechanismus der Standortkonkurrenz Spielräume aufzutun? Ob die Perspektiven jenseits einer Anpassungspolitik in dem Ausbau internationaler politischer

Regulierungsformen liegen, die die ökonomischen Prozesse der Globalisierung kanalisieren und an demokratische und sozialstaatliche Mindestnormen rückbinden können, ist zumindest angesichts der derzeitigen internationalen Strukturen nicht so bald zu erwarten, wenn überhaupt.

Insofern wäre ein wesentlicher Schritt dann getan, wenn es gelänge, den durchschlagenden Legitimierungseffekt der angeblichen Zwänge des Ökonomischen auszuhöhlen und dem weitverbreiteten Gefühl von Ohnmacht ein realistischeres Bild der politischen Machbarkeit entgegenzusetzen. Dazu sind die Kämpfe auf der lokalen, regionalen, nationalen und internationalen Ebene notwendig und wichtig. Sie können die Spielräume politischen Handelns auch gerade jenseits und gegen staatliche Strukturen und der darin exekutierten Anpassungspolitik suchen und ausweiten.

Literatur

Hirsch, Joachim 1995, Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin – Amsterdam, Edition ID-Archiv

Hübner, Kurt 1998, Der Globalisierungskomplex. Grenzenlose Ökonomie – grenzenlose Politik?, Berlin, edition sigma

Huffschmid, Jörg 1999, Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg, VSA

Initiativgruppe Regulationstheorie 1997, Globalisierung und Krise des Fordismus. Zur Einführung, in: Becker/Sablowski/Schumm (Hrsg.), Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung, Hamburg, Argument-Verlag

Siebert, Horst 1998, Disziplinierung der nationalen Wirtschaftspolitik durch die internationale Kapitalmobilität, in: **Duwendag, Dieter (Hrsg.)**, Finanzmärkte im Spannungsfeld von Globalisierung, Regulierung und Geldpolitik. Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 261, Berlin: Duncker & Humblot.

Daniela Setton (Frankfurt/M)

Leitfragen für die Gruppenbeiträge

1. Gruppenvorstellung:

Name, Arbeitsfeld der Organisation, des Vereins, des Verbands, der Gruppe bzw. Initiative

2. Globalisierung konkret:

Welche unmittelbaren und direkten Erfahrungen habt Ihr/ haben Sie mit den Konsequenzen der derzeit vorherrschenden neoliberalen Politik der totalen Ökonomisierung fast aller Lebensbereiche (Deregulierung, Privatisierung, Umstrukturierung, Kürzung von Mitteln, Tagessätzen, Erhöhung von Umlagen, Eigenbeteiligungen, Streichung von Leistungen usw.)?

3. Sichtbare und versteckte Konsequenzen:

Welche praktischen Auswirkungen hat die Ökonomisierung in Eurem/ Ihrem Arbeitsfeld? Was ist davon öffentlich sichtbar? Was bleibt unsichtbar?

4. Gegenmaßnahmen im eigenen Arbeitsfeld:

Wie geht die Gruppe mit den Konsequenzen um? Welche Strategien werden diskutiert? Wie sieht die tägliche Auseinandersetzung damit aus? Was sind die politischen Mittel, mit der die Gruppe/Initiative damit arbeitet?

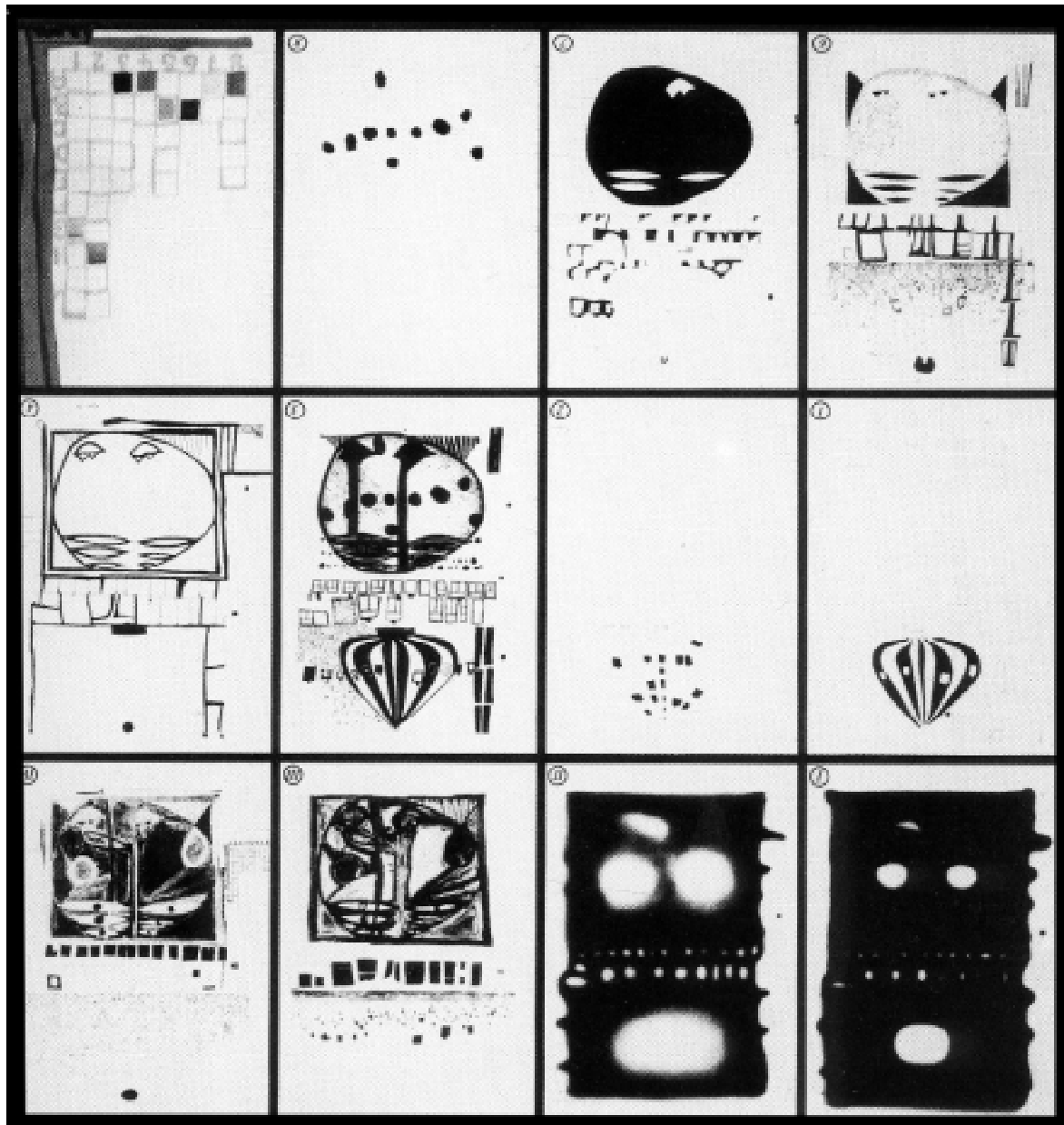
5. Konkrete Utopie:

Unabhängig von den gegenwärtig vor-

herrschenden ökonomischen, politischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen: Wie sehen Eure/ Ihre Forderungen, Vorstellungen, Hoffnungen und Ideen für eine in Euren/ Ihren Augen sinnvolle und nützliche Arbeit aus, die auf bessere Lebensbedingungen und Lebensqualität im besonderen und eine lebenswerte Gesellschaft im Allgemeinen verweisen?

6. Globalisierung von unten:

Worin seht Ihr/ sehen Sie eine mögliche gemeinsame lokale Handlungsperspektive, sich gegen die Ökonomisierung aller Lebensbereiche lokal zur Wehr zu setzen?



AK Stellenstreichung der Fachschaftsräte Vollversammlung an der Universität Tübingen

Hier zwei Flugblätter der Fachschaftsräte-Vollversammlung, die den Redebeitrag auf dem Hearing weitgehend wiedergeben.

Zukunftsfähig durch Schmalstudium?

Die Landesregierung hat die Einführung eines neuen Uni-Abschlusses nach dem sechsten Semester beschlossen. Er heißt nach anglo-amerikanischem Vorbild "Bachelor".

Die Nebenwirkungen des Bachelor-Abschlusses:

-Die herkömmlichen Studiengänge sollen nach einer Übergangszeit abgeschafft werden: Wenn man einen Abschluß im bisherigen Format machen will, dann muss man vorher einen Bachelor-Abschluss machen.

-Nach dem Bachelor-Abschluss darf man aber nicht automatisch weiterstudieren. Der größte Teil der Studierenden soll nach dem Bachelor-Abschluss die Universität verlassen. Nur eine kleine Elite kann an der Universität bleiben und einen Abschluss im bisherigen Format machen.

-Zum Bachelor-Studiengang gehört die Verpflichtung, mindestens 20 Stunden in der Woche Seminare und Vorlesungen zu besuchen. Die kleineren Institute können diese Kapazität aber gar nicht anbieten, weil nicht genügend Dozenten angestellt sind.

-Studiengebühren ab dem 7. Semester: Weil der Bachelor ein "berufsqualifizierender Abschluß" ist, werden alle zur Kasse gebeten, die weiter studieren.

Die Folgen:

-Schmalstudium für alle. Studierende haben keine Zeit mehr für politisches, soziales oder kulturelles Engagement und Persönlichkeitsbildung.

-Durch den 6-Semester-Zeitdruck kann man in Zukunft nur noch studieren, wenn man genügend Geld von zu Hause oder vom Bafög-Amt bekommt. Wir bezweifeln, dass der Bedarf an Bachelor-Absolventen auf dem Arbeitsmarkt überhaupt so groß ist. Für eine deutsche Zwischenprüfung bekommt man in Oxford in der Regel ei-

nen Bachelor verliehen. Ein international anerkannter Abschluss könnte also auch geschaffen werden, indem man z.B. mit der Zwischenprüfung einen Bachelor-Abschluss automatisch verleiht.

Bildung ist ein Grundrecht, das allen frei zugänglich sein muss!

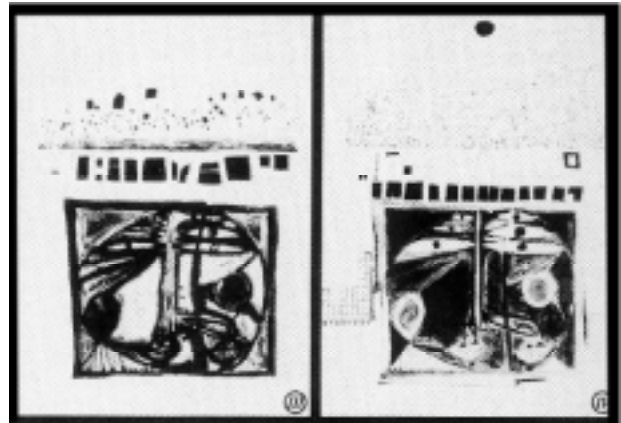
Presseerklärung vom 11. Juli 2001 zur Streichung von 90 Stellen an der Uni Tübingen

von der Fachschaftsräte - Vollversammlung (Zusammenschluss aller Tübinger Fachschaften, die FS Informatik und die FS Biologie waren maßgeblich beteiligt), Linke StudentInnen-Assoziation (LiStA) und Juso - Hochschulgruppe Tübingen.

Ohne vorausgehende Strukturdebatte hat die Universitätsleitung in den vergangenen zwei Wochen begonnen, 90 Stellen zur Streichung vorzubereiten. Diese Streichungen erfolgen zusätzlich zum kontrollierten Stellenabbau des Solidarpaktes (Reduzierung der Stellen um 10% an allen Unis im Land). Hintergrund der Streichungen ist eine verdeckte Neuprofilierung der Universität zugunsten der Bio-Wissenschaften und der Informatik. (...)

Die zur Streichung vorgesehenen 90 Stellen setzen sich zusammen aus 60 Stellen, die für die befristeten Professuren und ihre personelle Ausstattung benötigt werden, und 30 Stellen für einen zukünftigen Pufferpool. Aktuell wird dieses Defizit im Hauruck-Verfahren auf alle vom Stellenzuwachs nicht profitierenden Fakultäten umgelegt. Dabei wurden die Fakultätsvorstände in tribunalartigen Verfahren vor das Rektorat zitiert und mit der neuen Struktur ihrer Fächer bekannt gemacht. (...)

Es besteht akute Gefahr, dass be-



stimmte Fächer nicht mehr als Hauptfach angeboten werden können oder ganz in ihrer Existenz bedroht sind (z.B. Soziologie) - denn in der jetzigen politischen Situation ist davon auszugehen, dass weitere Kürzungsmaßnahmen folgen werden. Das Vorgehen der Unileitung ist aus unserer Sicht inakzeptabel, da es eine tiefgreifende Strukturänderung darstellt. Sowohl die Beteiligung der zuständigen Gremien (Senat und Universitätsrat) als auch die einer breiten universitären Öffentlichkeit sind eine Notwendigkeit.

Wir Studierenden fordern deshalb:

- Die Aussetzung des laufenden Verfahrens.

- Eine breite Diskussion innerhalb der Universität, um das Ausspielen der Fakultäten gegeneinander zu beenden.

- Eine neue, offene Gesamtstrukturplanung.

- Klärung der Vorgänge, die zu dieser Situation geführt haben, Benennung der Verantwortlichen sowie Konsequenzen für diese.

- Ein Ende der Eingriffe in die internen Abläufe der Fakultäten durch das reglementierungswütige Wissenschaftsministerium, denn diese stehen im krassen Widerspruch zu der von diesem Ministerium postulierten Hochschul-Autonomie.

- Bekenntnis der Universität zu einem breit gefächerten Studienangebot und eine dementsprechende Politik der Universität Tübingen.

Personalrat der Universitätskliniken Tübingen

Am Uniklinikum (UKT) arbeiten rund 8000 Beschäftigte, davon über 2/3 Frauen. Die Arbeitsfelder des Personalrats sind zum einen die klassische betriebliche Interessensvertretung und zum anderen das Thema Gesundheitspolitik.

Die offizielle Gesundheitspolitik wird fast ausschließlich von einer Diskussion über die Kosten bestimmt. Das Gesundheitswesen sei zu teuer. Lösen will man dieses Kostenproblem durch

- mehr Mitverantwortung der einzelnen Bürger
- Erhöhung/Einführung von Selbstbeteiligung an Behandlungskosten
- Abbau von Versicherungsleistungen
- Eingeschränkte Grundversorgung
- Umfassende Versorgung nur als teurere Zusatzversicherung. Dies bedeutet die Einführung einer Zwei- (oder Mehr-) Klassen Medizin.
- Wettbewerb unter den Leistungserbringern, auch bei der un-mittelbaren Krankenversorgung.

Gleichzeitig findet im Gesundheitsbereich eine immer ausgeprägtere Spezialisierung in Diagnose und Therapie statt, mit immer teureren Spezialverfahren (Transplantationen, Chemotherapie, Gentherapie). Der einzelne Mensch als ganzheitliches Wesen bleibt dabei zunehmend auf der Strecke. Soziale Beziehungen und Zuwendung als wesentliche Bestandteile eines Heilungsprozesses werden ignoriert und als nebensächlich angesehen.

Auf der betrieblichen Ebene lässt sich eine zunehmende Ökonomisierung der Krankenhäuser feststellen. Am UKT unterliegen alle Bereiche einem straffen Budgetdiktat. Es gibt keine Stellenpläne mehr, Neueinstellungen und Wiederbesetzungen erfolgen nur, wenn eine entsprechende Budgetdeckung vorhanden ist. Kostenrechnung und Controlling sind die Bereiche, die in den letzten Jahren an Bedeutung und Umfang am meisten zugenommen haben.

Privatisierungsüberlegungen im kleinen und großen Maßstab stehen auf unserer Tagesordnung. In einem ersten Schritt wurden die Unikliniken in Baden-Württemberg 1998 von Landesbetrieben zu selbständigen

Anstalten umgewandelt. In einem nächsten Schritt soll die Umwandlung in eine GmbH oder AG ermöglicht werden. Der Wirtschaftsminister von Ba-Wü will die Unikliniken und Landeskrankenhäuser an private Betreiber verkaufen. (...)

In der Krankenversorgung haben die Fallzahlen kontinuierlich zugenommen, ohne dass eine entsprechende Anhebung der Budgets stattgefunden hat. In vielen Bereichen bahnt sich ein neuer Pflegenotstand an. Die Arbeitsbelastung ist insgesamt sehr hoch. Unverantwortlich sind die Zustände im ärztlichen Bereich. Überlange Arbeitszeiten von 20 und mehr Stunden am Stück, unbezahlte Überstunden und ein feudalistisches Führungsverhalten bestimmen hier immer noch den Arbeitsalltag.

Die Unterfinanzierung der Krankenhäuser führt zunehmend zu Privatisierungen insbesondere in den so genannten Servicebereichen. Ca. 80% des Reinigungsbedarfes am Klinikum werden von einer Privatfirma erledigt. Die „Einsparungen“ werden im Wesentlichen durch schlechtere Arbeitsbedingungen und vor allem durch schlechtere Bezahlung der Beschäftigten ermöglicht.

Auf der tarifvertraglichen Ebene versuchen die Arbeitgeber, dies umzusetzen, in dem sie bei den aktuellen Verhandlungen eine Absenkung des Tarifniveaus für die Beschäftigten in den sog. Servicebereichen um mehr als 20% fordern. Neben der Schaffung dieses Billiglohnbereiches drängen sie darauf, für die sog. Leistungsträger deutlich höhere Löhne in Form von Leistungszulagen und übertariflicher Eingruppierung zu ermöglichen. (...)

Der finanzielle Druck wird weiter steigen, wenn die Abrechnung der Krankenhäuser wie geplant mit dem neuen DRG-System erfolgen wird. Dabei wird zukünftig pro Krankenhausfall ein Festbetrag unabhängig von der Dauer des Krankenhausaufenthaltes verrechnet. Es ist zu befürchten, dass mit diesen Vorgaben Patienten aus ökonomischen Gründen früher entlassen werden, als dies aus therapeutischen Gründen sinnvoll wäre. Es wurde schon der sehr drastische Begriff von der „englischen Entlassung“ (noch ein

bisschen blutig) dafür gefunden.

Wenn es nicht gelingt, eine ausreichende Finanzierung der Gesundheitsversorgung für alle Bürger in gleichem Maße sicherzustellen, sind schwer wiegende Konsequenzen absehbar: lange Wartezeiten auf entsprechende Behandlungen und Operationen, sinkende Versorgungsqualität, schlechtere Notfallversorgung, etc. Nur noch derjenige, der über entsprechende finanzielle Mittel verfügt, wird sich eine angemessene Behandlung leisten können.

Eine Zwei-Klassen-Medizin ist zwar noch nicht Realität, aber die Gefahr der Entsolidarisierung unserer Gesellschaft in diese Richtung ist ganz offensichtlich.

Das Thema Gesundheitspolitik ist sehr komplex. Wir haben in den letzten Jahren jede Personalversammlung mit dazu genützt, die Beschäftigten zu informieren und klar zu machen, wie wichtig dieses Thema für unsere Arbeitsbedingungen ist und wie wichtig eine solidarisch organisierte Gesundheitsversorgung für unsere Gesellschaft ist. Die zunehmenden Angriffe auf unser Gesundheitswesen machen es aber notwendig, eine breitere Diskussion und einen umfassenderen Widerstand zu organisieren. Zur Bundestagswahl wird jetzt eine Kampagne für eine solidarische Gesundheitspolitik durch die Gewerkschaften initiiert. Von gewerkschaftlicher Seite soll dies das Hauptthema im Wahlkampf sein. Wir halten das für notwendig und richtig.

Gegen die Verschlechterungen von Arbeitsbedingungen durch Privatisierung und Tarifabbau haben wir uns in der Vergangenheit durch eine Vielzahl von Aktionen zur Wehr gesetzt. Wir sind zuversichtlich, dass wir Schlimmeres auch in Zukunft verhindern können.

Zu unseren Utopien: Wir träumen davon

- Dass jeder und jede einer sinnvollen Arbeit nachgehen kann
- Dass es eine Freude sein könnte, jeden Tag zur Arbeit zu gehen
- Dass alle Berufsgruppen gleichberechtigt zusammenarbeiten
- Dass jede Arbeit Anerkennung findet, auch die der so genannten Hilfskräfte

- Von einem Klima, in dem Anregungen und Vorschläge willkommen sind und umgesetzt werden
- Dass 50% der Ärztlichen Direktoren weiblich und freundlich sind (alle)
- Dass wir genug Zeit für unsere Patienten haben, die nicht nur die beste Therapie brauchen sondern auch Zuwendung und menschliche Wärme
- Dass die Bezahlung für unsere Arbeit Allen ein sorgloses Auskommen sichert
- Von sozialer Gerechtigkeit an unserem Arbeitsplatz UKT

Um auch etwas über unseren begrenzten Horizont am UKT hinaus zu blicken, unterstützen wir ein Projekt zur besseren Gesundheitsversorgung von Amazonas-Indianern in Brasilien. Als Beschäftigte an einer „Hightech-Klinik“ halten wir es für notwendig und sinnvoll, die Augen nicht davor zu verschließen, dass unsere immer noch sehr gute medizinische Versorgung in anderen Teilen der Welt überhaupt nicht vorhanden ist. Wir wollen damit einen kleinen Beitrag zum Ausgleich leisten.

Johann Graf

(Vorsitzender des Personalrats)

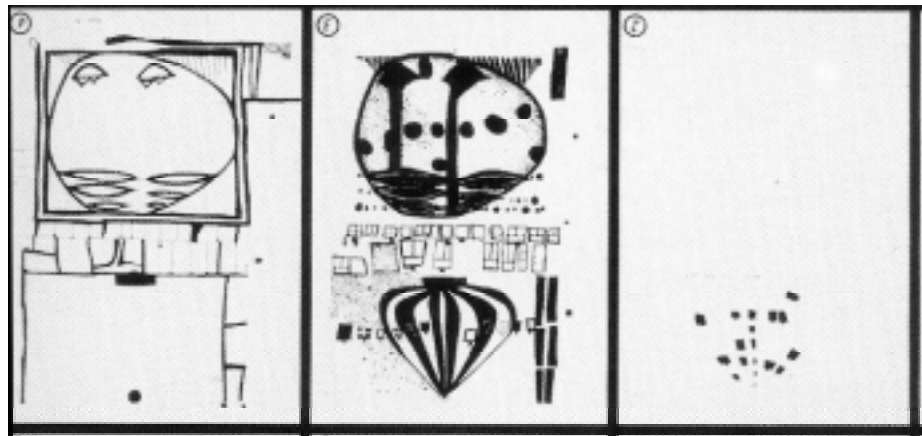
Klimagruppe Tübingen

Die Klimagruppe Tübingen hat sich während der Vorbereitung zum Klimagipfel in Bonn im vergangenen Sommer gegründet. Wir haben uns an der Mobilisierung nach Bonn beteiligt und dabei mit dem Netzwerk Risingtide zusammengearbeitet. Im nächsten halben Jahr wollen wir Veranstaltungen und Aktionen gegen den Ausbau der B27 in Tübingen vorbereiten. Ausserdem beschäftigen wir uns im Moment mit dem Rio-Nachfolgegipfel Rio+10 in Johannesburg.

An der aktuellen Umweltpolitik kritisieren wir insbesondere, dass Umweltschutz nur noch aus internationalen Laberrunden besteht und "von oben" per Gesetz und Verordnung durchgegrügelt werden soll.

Gipfeltreffen wie die Klimagipfel oder den Weltgipfel in Johannesburg lehnen wir ab. Denn die dort tagenden PolitikerInnen sind dafür mitverantwortlich, dass die heutigen Umweltprobleme bestehen – von ihnen erwarten wir nicht, dass sie diese Probleme lösen.

Dass wir von ihnen nichts zu erwarten haben, zeigt auch das Ergebnis der UN-Klimaverhandlungen: die im sogenannten Kyoto-Protokoll vereinbarten CO₂-Reduktionen von ca. 5% wurden in Marrakesch auf lächerliche 2,5% herabgesetzt, obwohl mindestens 60% notwendig wären. Dazu wurden durch den Emissionshandel Instrumente geschaffen, mit denen die westlichen Industrieländer selbst ihren geringen Verpflichtungen noch entgehen



können.

Als Begründung für die angebliche Notwendigkeit internationaler Konferenzen zieht die Politik heran, dass globale Umwelt-Probleme durch die "Globalisierung" der Umweltpolitik gelöst werden müssten. Doch dafür gibt es keine ausreichenden Argumente. Gemeinsam mit anderen Gruppen haben wir auf dem diesjährigen Jugendumweltkongress in Dresden einen Aufruf zu Aktionen gegen Rio+10 verfasst. Darin üben wir Kritik an der Agenda 21, dem zentralen Dokument des Rio-Gipfels, weil sie durchgängig die neoliberale Globalisierung befürwortet und beispielsweise das Festhalten an Atom- und Gentechnologie fordert.

Die Arbeit in der Lokalen Agenda bringt in der Praxis meist nichts. Dort werden WirtschaftsvertreterInnen, PolitikerInnen und Umweltverbände an einen Tisch gebracht. Die Forderungen der Umweltverbände werden verwässert, weil der Zwang zum Konsens zu wirtschaftsfreundlichen Positionen

führt.

Unserer Meinung nach dient der Prozess von Rio, Agenda 21 und jetzt Rio+10 in Johannesburg vor allem dazu, die kritische Öffentlichkeit einzubinden und der Bevölkerung vorzutäuschen, dass man alles im Griff habe. Aktiver Widerstand gegen diese Politik soll damit verhindert werden. UmweltaktivistInnen werden integriert und vereinnahmt.

Wir werden weiterhin Umweltschutz "von unten" machen und Widerstand gegen Atomtransporte, Straßenbau oder Gifffabriken leisten, aber auch zu phantasievollem Protest gegen die Politik von Rio und Weltgipfel wie Rio+10 aufrufen. Unser Aufruf hängt hier als Wandzeitung aus. Er kann von anderen Gruppen unterzeichnet werden.

Initiative gegen die geplante Bioethik-Konvention

Globalisierung und Biopolitik

Die "Tübinger Initiative gegen die geplante Bioethik-Konvention" hat sich vor genau sechs Jahren gegründet. Sie ist eine parteipolitisch und konfessionell unabhängige Bürgerinitiative. Auslöser der Gründung war das Bekanntwerden von als "geheim" eingestuftungen Beratungen im Europarat in Straßburg über eine sogenannte "Bioethik-Konvention". Zweck der Konvention war die Formulierung eines Kompromisses zwischen zwei antagonistischen Ansprüchen:

- a) Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde im Hinblick auf die Anwendungen der Biomedizin (allgemeiner: der "Life Sciences"),
- b) Gewährleistung der Freiheit der biomedizinischen Forschung angesichts dieser Schutzansprüche.

Der seinerzeit bekannt gewordene erste Kompromissvorschlag ging eindeutig zu Lasten des Menschenrechtsschutzes. Er provozierte eine heftige Reaktion in der deutschen Öffentlichkeit und - durch sie erst aufmerksam geworden - im Bundestag. Selbst die damalige Bundesregierung zeigte sich schockiert, obschon sie an dem Entwurf beteiligt war, und setzte sich zeitweise an die Spitze des Protestes.

Drei Beispiele:

- 1) Die Ergebnisse "prädiktiver genetischer Tests", mit denen man feststellen kann, ob jemand auf Grund einer erblichen Belastung erkranken kann, sollten nicht nur der Forschung zugänglich sein, sondern auch interessierten Dritten, etwa Versicherungsunternehmen und Arbeitgebern.
- 2) Die verbrauchende Forschung an menschlichen Embryonen - in Deutschland bislang verboten - sollte legitimiert werden.
- 3) Medizinische Versuche an Menschen, für die bislang die eiserne Regel

gilt, dass sie nur nach Aufklärung der Versuchspersonen und nach deren persönlicher, freier und jederzeit widerrufbarer Einwilligung erlaubt sind, sollen nunmehr auch an *einwilligungs-unfähigen* Menschen möglich sein (Menschen mit geistiger Behinderung, Komatöse, Schwerkranke, Demente, Sterbende und Kinder), auch wenn sie nur der Forschung dienen können, nicht aber den Versuchspersonen selbst.

Der Protest gegen derartige Zumutungen ließ in Deutschland zahllose ähnliche Initiativen aus dem Boden schießen, die sich eng miteinander vernetzten. Dadurch waren sie in der Lage, politischen Druck auszuüben. So wurde der Konventionstext in der Folge mehrfach revidiert. Trotzdem wurden die parlamentarischen Vorbereitungen zur Ratifizierung im Frühjahr 1998 abgebrochen und bis heute nicht wieder aufgenommen.

Zu den Anwendungsgebieten und Problembereichen der Biomedizin gehören die moderne Fortpflanzungsmedizin (einschl. der Klonierungs- und Stammzellen-Technologien), wesentliche Teile der Intensivmedizin, Transplantation und Xeno-Transplantation, aber auch die gesundheitliche Versorgung angesichts immer knapper werdender Ressourcen ("rationierte Medizin"), die Palliativmedizin und die Euthanasie sowie die Patentierung lebender Materie.

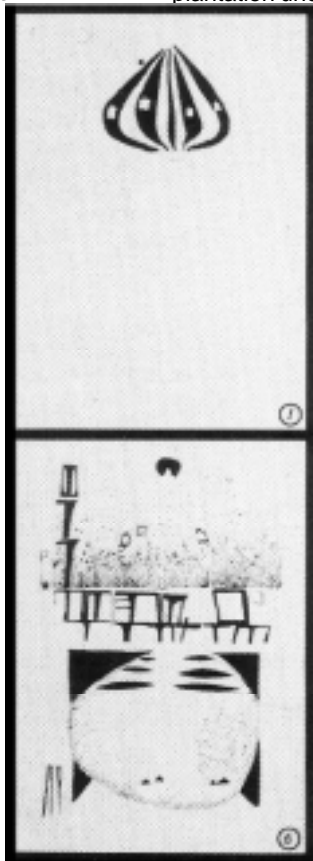
Der technische Fortschritt hat sich vorsorglich eine eigene Philosophie zugelegt. Denn es war vorauszu sehen, dass die mit den biomedizinischen Errungenschaften einhergehenden Veränderungen fast aller traditioneller Lebensbezüge nicht nur Akklamation, sondern auch Widerstand hervorrufen würden. Eine längst global agierende und global organisierte Forschung trifft weltweit auf ganz unter-

schiedliche, kulturell geprägte Mentalitäten und moralische Zweifel. Internationale Abkommen, Konventionen und Deklarationen (wie das Welthandelsabkommen, das Abkommen über "trade related intellectual property rights" TRIPS, die Bioethik-Konvention oder die UNESCO-Deklaration zum menschlichen Genom und zu den Menschenrechten) können bestehende rechtliche Hürden einebnen. Dem ethischen Pluralismus in der Welt soll hingegen eine neuartige Philosophie, die "Bioethik", entgegengesetzt werden. Traditionelle ethische Normen, die bisher als nicht verhandelbar gelten ("*Du sollst nicht töten!*"), sollen durch utilitaristische Postulate ersetzt werden, die auf Verabredung beruhen und an neue Erfordernisse anpassbar sind, denn: "*die Moral folgt dem technischen Fortschritt, nicht umgekehrt*". Letztlich bestimmt der Markt, was als moralisch bzw. unmoralisch gilt.

Der gute aufklärerische Grundsatz, dass es Denkverbote nicht geben dürfe, wird von neoliberalen Intellektuellen heute so verstanden, dass Folter ebenso erwägenswert sei wie die Züchtung genetisch optimierter Menschen. Die Biopolitik bedient sich bioethischer Argumente, die einer "Ethik des Heilens" das Wort reden und damit dem Zeitgeist vom gesunden und leistungsstarken Menschen entgegenkommen. Die damit einhergehende schleichende Relativierung der Menschenrechte und der Menschenwürde wird entweder geleugnet, nicht bemerkt oder hingenommen. Erst wenige Menschen begreifen den janusförmigen Charakter der "Life sciences". Jeder ist potentiell betroffen. Daher muss die Auseinandersetzung darüber auch in den Köpfen der Betroffenen geführt werden, d.h. nicht nur in globalen philosophischen Zirkeln, sondern ganz "lokal"!

Im Zentrum der aktuellen Diskussion steht der moralische Status des menschlichen Embryos und seine Implikationen im Hinblick auf seine Verfügbarkeit, z.B. zur Gewinnung embryonaler Stammzellen für Zwecke der Forschung und ggf. Therapie von Krankheiten. Das unscharfe Votum des Bundestages am 30. Januar 2002 könnte der Türöffner für die Zulassung der Präimplantationsdiagnostik sein.

Rolf J. Lorenz



Club Behinderter und ihrer Freunde

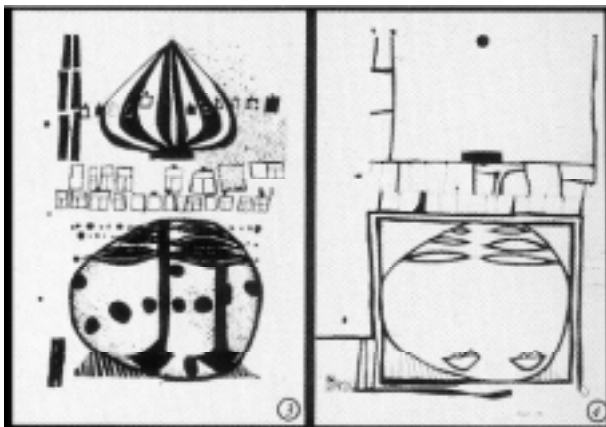
Mein Name ist Gotthilf Lorch, vom Club für Behinderte und ihre Freunde in Tübingen und Umgebung e.V. Ich vertrete Elvira Martin, Geschäftsführerin vom Koordinations-treffen der Tübinger Behindertengruppen, die heute leider verhindert ist.

Das Koordinationstreffen der Tübinger Behindertengruppen vertritt derzeit ca. 15 Selbsthilfegruppen und Vereine in Tübingen und Umgebung. Durch regelmäßige

Treffen und einen regelmäßig erscheinenden Rundbrief werden wichtige Informationen ausgetauscht und Kräfte gebündelt bei der Durchsetzung behindertenspezifischer Belange in allen öffentlichen Bereichen und in der kommunalen, regionalen und manchmal auch bundesweiten Politik. Mit der Anstellung von Elvira Martin erhalten wir die Gelegenheit, unsere Interessen in kommunalpolitischen und fachlichen Gremien zu vertreten. Unsere derzeitigen Themenschwerpunkte sind:

- die Erstellung einer Neuauflage des Tübinger Stadtführers für Menschen mit Behinderungen
- AG Behindertenhilfe des Landkreises Tübingen (Fahrdienste / Beratungsangebote usw.)
- das SGB IX und die Einrichtung einer gesetzlich verankerten Service-stelle in Tübingen
- AG Behinderten der Stadt Tübingen (Barrierefreie Stadt Tübingen, Städtepartnerschaften, ÖPNV)
- Gremienvertretung (u.a. Sozialforum, Social Forum, Kreisarmutskonferenz)

Gerade für Menschen mit Behinderungen kann Globalisierung in vielen Lebensbereichen von Vorteil sein. Wir sind auf eine unseren Bedingungen angepasste Umwelt auf vielerlei Hilfen (Begleitung, Assistenz, Pflege, Hilfsmittel) in nahezu allen Lebensbereichen (Wohnen, Familie, Freizeit, Arbeit) angewiesen. Eine lange Zeit galt (und gilt leider heute immer noch allzu oft): wer sich informieren und durchsetzen kann, hat gute Chancen, sich das Leben entsprechend individueller Bedürfnisse einzurichten und sich selbst zu verwirklichen. Ein Großteil hat aber diese Voraussetzungen nicht. Deshalb sind die Entwicklung, Einrichtung und Durchsetzung grundsätz-



licher Regelungen im Umgang mit Behinderung notwendig. Diese sind auch zum Teil schon verwirklicht in z.B. dem "Antidiskriminierungsgesetz" der USA, den "Standard Rules" der UNO von 1993, in Festschreibungen im Maastrichter Vertrag und in den (in einzelnen europäischen Ländern schon erfolgreichen) Bemühungen zur Schaffung eines Gleichstellungsgesetzes. Grundsätzlich werden dort in Empfehlungen, Normen und Gesetzen die Gestaltung von öffentlichen Räumen wie Behörden, Freizeiteinrichtungen (Hotels, Theater, Kino Sportplätze, Kneipen usw.), Gesundheitswesen (Arztpraxen, Krankenhäuser, Kureinrichtungen), Nah- und Fernverkehr, Straßen, Plätze und Wege usw., der Umgang in Bildung, Ausbildung, Beruf und Gesellschaft definiert.

Andererseits erfahren wir durch die Ökonomisierung vieler Bereiche immer größere Einschränkungen. Durch die Deckelung von Zuschüssen im kommunalen und überregionalen Bereich werden interne Auseinandersetzungen und Rechtfertigungsstrategien nach Aussen um verbleibende Mittel verstärkt.

Durch Ökonomisierungsstrukturen und Normierungen werden Verantwortlichkeiten verschoben und verwässert (z.B. durch die Privatisierung öffentlicher Versorgungsstrukturen im sozialen Bereich). Wirtschaftliches Denken fördert einen Kosten-Nutzen-Effekt, der dazu führt, dass nur noch normgerecht und an normierte Schichten Förderungen gegeben werden.

Einige Beispiele sollen dies verdeutlichen:

- Der Verteilungskampf für Kulturelles

und Soziales im Tübinger Haushalt zwingt die Gruppierungen untereinander immer mehr zur Rechtfertigung ihrer Bedürfnisse und zur Negierung anderer Bedürfnisse. Gemeinnützige Einrichtungen erhalten personelle Unterstützung von der Kommune. Verwirklicht wird dies über Langzeitarbeitslose und den § 19 BSHG. Seit Einrichtung der KomAG müssen die Vereine die Anstellung selbst vornehmen. Dies erfordert einen

kostenintensiven Aufbau eines eigenen Verwaltungsapparates. Vorher wurde dies von der schon bestehenden kommunalen Verwaltung gemacht.

- Hilfsmittel werden immer mehr genormt, individuelle Lösungen aus Kostengründen immer seltener verwirklicht. Dies geht so weit, dass alte Menschen nur noch einen Norm-Rollstuhl mit dem geringstmöglichen Nutzungsaufwand bekommen. Sie sind eben nicht mehr durch Förderung zu gesellschaftlich relevanten Leistungen zu bewegen.

- Schließlich zeigt die Diskussion und Ausführung der Embryonalen- und Genforschung global sehr deutlich, dass der defekte Mensch immer weniger Wert ist und deshalb mit möglichst allen Mitteln ausgemerzt werden muß. Dafür gibt es auch große wirtschaftliche Anreize. Und wer nicht bestimmten Normen, aber auch keiner bestimmten Lobby angehört, wird für Forschungszwecke oder gar als Material genutzt.

Es zeigt sich also, Ökonomisierung und Normierung kann vorteilhaft sein, muss aber Bedürfnisse von Individuen und die Individualität selbst sehr genau im Auge behalten. Ebenso sollten wir sehr genau darauf achten, wo die Politik uns zwar stärkt, aber sich gleichzeitig immer mehr der Verantwortung entzieht, indem sie gesellschaftliche Pflichten privatisiert und somit wirtschaftlichen Interessen ausliefert.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Gotthilf Lorch

ATTAC Tübingen

1 Attac

(Frz.: association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens et citoyennes)
 Übersetzt bedeutet das: „Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der Bürgerinnen“. Attac will ein breites gesellschaftliches Bündnis als Gegenmacht zu den vermeintlichen Sachzwängen der Globalisierung und entfesselten Kräften der Märkte bilden. Ausgehend von Frankreich haben sich in 30 Ländern über 50.000 Menschen und Organisationen aus der Umwelt- und der internationalen Solidaritätsbewegung, kirchliche Kräfte und Gewerkschaften zu Attac zusammengeschlossen. In Tübingen wurde eine Ortsgruppe von Attac im Januar offiziell gegründet. Auch in der Ortsgruppe Tübingen sind Vertreterinnen aller oben genannten Gruppierungen, sowie interessierte Einzelpersonen vertreten, darunter auch viele, die bislang nicht politisch aktiv gewesen sind.

Arbeitsgruppen in Tübingen:

1. AG Lokale Auswirkungen der Globalisierung
2. AG Soziale Sicherungssysteme
3. AG Globalisierung und Krieg
4. AG Theoretische Hintergründe
5. AG Globalisierung und Umwelt, regionale Vermarktung, Verbraucherinnen und Verantwortung
6. Aktionsgruppe
7. Organisationsgruppe

2 Konkrete Erfahrungen mit der Globalisierung

Die Erfahrungen mit den Auswirkungen der Globalisierung sind so vielfältig wie die verschiedenen Mitglieder der Ortsgruppe.

3 Konsequenzen

Ziel: Ausbau eines internationalen Netzwerks als Teil einer sozialen Bewegung zur Globalisierung von sozialer Gerechtigkeit, demokratischer Selbstbestimmung und umweltgerechtem Verhalten.

4 Gegenmaßnahmen

Die hauptsächlichen Forderungen von Attac bezogen sich bislang auf die demokratische Kontrolle von Finanzmärkten (z.B.: Verbot von Spekulations-Fonds, Einführung der sogenannten Tobin-Tax auf Finanz-

transaktionen, Schließung von Steuerparadiesen), Lösung der Schuldenkrise von sogenannten Entwicklungsländern, demokratische Umgestaltung des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der Welthandelsorganisation (WTO).

Für das Jahr 2002 soll bundesweit das Thema »Soziale Sicherung« im Vordergrund stehen. Dazu gibt es auch eine Arbeitsgruppe in Tübingen.

Sonstige konkrete Maßnahmen sind mindestens so vielfältig wie die verschiedenen AGs.

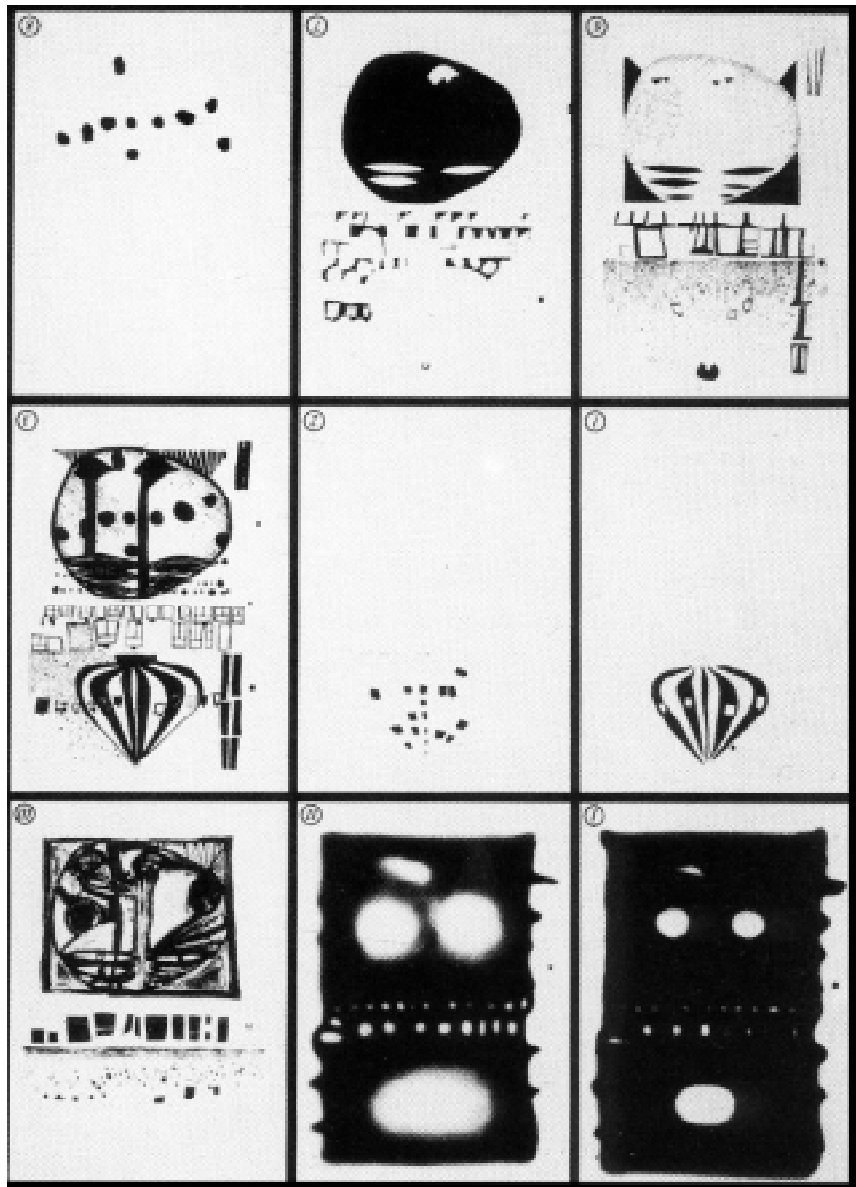
Ein Beispiel: Eine Teilgruppe der AG „Theoretische Hintergründe“ beschäftigt sich mit der lokalen neoliberalen Ideologieproduktion an der Universität

Tübingen und den Verflechtungen von Wirtschaftswissenschaften, Politikberatung sowie der Verbreitung des neoliberalen Denkens an Schulen.

5 Konkrete Utopie

Attac versteht sich als grundlegend offen und versucht Menschen mit verschiedensten weltanschaulichen Hintergründen in einem Netzwerk zu vereinigen.

Die Utopie läßt sich mit dem oben genannten Ziel der Globalisierung von sozialer Gerechtigkeit, demokratischer Selbstbestimmung und umweltgerechtem Verhalten umschreiben.



AIDS-Hilfe Tübingen/Reutlingen

Arbeitsfelder:

- Betreutes Wohnen für Menschen mit HIV und AIDS (der Großteil sind langjährige Drogenkonsumenten)
- Offene Beratung und Begleitung für Betroffene und deren Angehörige
- Anonyme Telefonberatung
- Präventionsarbeit für Jugendliche, junge Erwachsene und Pflegeberufe bezüglich HIV und AIDS, Hepatitis und anderer sexuell übertragbarer Krankheiten.
- Knastarbeit
- Öffentlichkeits- und Gremienarbeit.

Sozialabbau konkret:

- Da eine ambulante Versorgung in der Regel billiger ist als eine stationäre, erhalten wir mittlerweile monatliche Fallpauschalen für unser ambulant betreutes Wohnen. Diese sind aber nicht hoch genug, um die entstehenden Kosten zu decken. Deswegen muss die Aids-Hilfe immer mehr Geld zuschießen. Die Verhandlungen über die Erhöhung der Pauschalen mit dem Landeswohlfahrtsverband verlaufen äußerst schleppend.

- Die zunehmende Privatisierung und Ökonomisierung im Krankenhausbereich führt dazu, dass Entscheidungen über Aufenthalt- und Behandlungsdauer nicht mehr nur nach medizinischen Kriterien erfolgen.

- Wir befürchten, dass sich durch die anstehende Gesundheitsreform die Versorgungslage vieler HIV-positiver Menschen verschlechtern wird.

- Die Abschaffung der Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente ist für viele Betroffene ein weiterer Schritt in die lebenslange Sozialhilfe.

- Zu Risikoversicherungen jedweder Art haben HIV-positive Menschen so gut wie keinen Zugang.

Sichtbare und versteckte Konsequenzen:

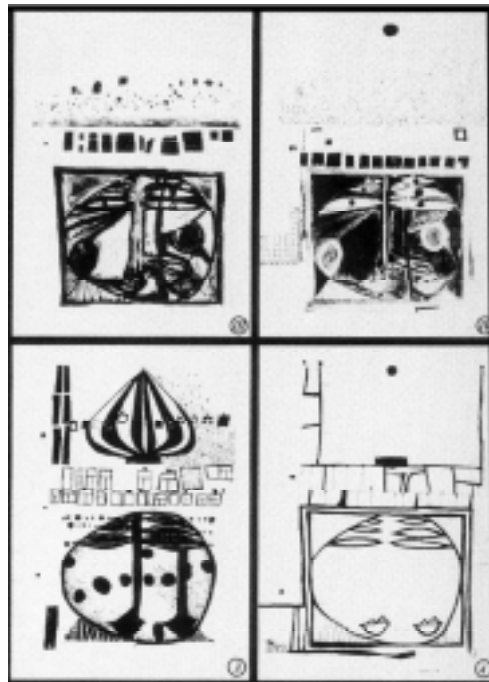
- Auswirkungen auf die MitarbeiterInnen:
- Unsicherer Arbeitsplatz durch Deckelung und/oder Kürzung von Zuschüssen.
 - Verlagerung von Arbeits-

schwerpunkten: Geldbeschaffung statt Betreuung/Beratung und Präventionsarbeit.

- Verlust von Arbeitsmotivation.
- Längerfristige, perspektivische Planung von Projekten oder konzeptionelle Arbeit wird erschwert.

Auswirkungen auf die KlientInnen:

- Sozialhilfe als Mittel der Reglementierung und Steuerung (z.B. durch drohende Kürzung bis zu 25% bei mangelnder Mitwirkungspflicht, z.B. fehlende Arbeitsmotivation etc.).
- Deckelung der Sozialhilfe führt zu zunehmender Verarmung.



Viele wehren sich nicht öffentlich oder politisch, da Scham und das Gefühl des „Eigenverschuldens“ hierbei eine große Rolle spielen. Dies wird von Teilen der Politik und den Arbeitgeberverbänden auch so suggeriert.

- Armut führt zur Verschuldung: Viel Energie wird in die Bekämpfung von fortschreitender finanzieller Not und deren Konsequenzen verwandt, anstatt in die Bewältigung der Krankheit.
- Absinken von Lebensqualität.
- Fehlender oder erschwelter Zugang zu gesundheitlicher Versorgung in einem ganzheitlichen Sinn. (Ernährung, Kuren, Therapien etc.).

Gegenmaßnahmen im eigenen Ar-

beitsfeld:

- Politische Arbeit in Gremien
- Öffentlichkeitsarbeit
- Ausweichen auf andere „Geldquellen“- wie Fundraising, Social sponsoring etc. (Schwierig, da hier ein großer Konkurrenzkampf herrscht und Tübingen zudem ein gewerbeschwaches Gebiet ist).
- Spezifische Aktionen (wie die Aktionen gegen die geplanten Zuschusskürzungen durch das Sozialministerium in diesem Jahr, wodurch wir die Streichungen abwenden konnten).
- Zusammenarbeit mit anderen Gruppierungen
- Sozialarbeit auch als politische Arbeit begreifen und umsetzen.

Konkrete Utopie

- Durch Leistungsverträge mit Kommunen und Landkreisen eine garantierte finanzielle Förderung mit der jährlichen Anpassung an die Preissteigerung.
- Keine gesundheitliche Versorgung unter dem alleinigen Gesichtspunkt der Ökonomisierung. Fehlende Finanzen dürfen in diesem Bereich nicht durch Leistungsstreichung vor allem bei chronisch Kranken ausgeglichen werden. Durch Umverteilung von Geldern muss das menschenwürdige Gesundheitssystem wieder eine Gesundheitsversorgung für Alle garantieren. (Anzustreben wäre z.B. eine Versicherungspflicht auch für SpitzenverdienerInnen).

SpitzenverdienerInnen).

- Ausreichende Grundsicherung für alle statt unzureichender Sozialhilfe.
- Schließung von Lücken im Versorgungssystem.

Durch finanzielle und personelle Absicherung der AIDS-Hilfe wäre auch die Verwirklichung von dringenden Aufgaben möglich:

- Aufbau von MigrantInnenarbeit
- Absicherung und Ausweitung der Arbeit mit HIV-positiven Menschen im Gefängnis
- Verstärkung der Angehörigenarbeit.
- Absicherung der Präventionsarbeit
- geschlechter- und kultur-spezifische Beratungsarbeit.

Kein Mensch ist illegal

Die Tübinger Ortsgruppe des bundesweiten Netzwerks „kein mensch ist illegal“ hat sich vor knapp drei Jahren zusammengefunden, um gegen Rassismus und für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen einzutreten. (...)

Wir wollen auf einen Irrtum hinweisen, der in zwei Redebeiträgen zum Tragen kam. Sowohl Peter Underberg von der FSRVV als auch Johann Graf vom Personalrat des UKT sprachen von einer drohenden Zwei-Klassen-Gesellschaft. Der eine aus medizinischer Sicht, wo durch die Privatisierung, Deregulierung und Sozialabbau das Recht eines jeden auf angemessene Gesundheitsversorgung gefährdet sei, der andere aus universitärer Sicht, aus der heraus das Gebot der „Bildung für Alle“ durch die Privatisierung und Marktanpassung zur Disposition gestellt wird.

Nur: diese Zwei-Klassen-Gesellschaft haben wir schon. Nach mir wird nämlich Ahmet Güler aus dem Tübinger Kirchenasyl sprechen, der als Flüchtling schon längst als Mensch zweiter Klasse behandelt wird. Konnte er z.B. unter Kanther noch eine Lehrstelle aufnehmen, wird er das im Status der Duldung unter Schily mit dem vielumkämpften Zuwanderungsgesetz nicht mehr dürfen: Arbeits- und Ausbildungsverbot steht dort im Gesetzestext geschrieben. Und seine Mutter kommt seit Jahren nicht an die therapeutischen Hilfen, die sie bräuchte. Die werden ihr nämlich durch das sog. Asylbewerberleistungsgesetz verwehrt. Wir leben also schon in einer rassistisch gespaltenen Zwei-Klassen-Gesellschaft. Sie droht nur, auch auf Menschen mit deutschem Pass ausgeweitet zu werden.

Dass das nicht weiter auffällt, scheint sinnbildlich für eine Gesellschaft zu sein, in der es schon mal heißt: „Sollen wir jetzt unsere Gartenmöbel anketten“ oder „Wann müssen wir abends daheim sein, um noch sicher ins Haus zu kommen?“ wenn sich z.B. eine Bürgerinitiative gegen eine Flüchtlingsunterkunft hier in Mössingen trifft. Hier breitete sich Angst aus in der rassistischen Normalbevölkerung im Steinlachtal. Angst vor den Fremden, den Anderen, den schwarzen Projektionsflächen, die, ohne arbeiten zu dürfen unsere Arbeitsplätze gefähr-

den, die sexuell bedrohlich und potentiell kriminell sind. Im „Einwanderungsland“ Deutschland ist Rassismus eben so virulent wie ehedem.

Womit auch schon eine Frage aus dem Leitfragenkatalog beantwortet sein soll, nämlich die nach den Utopien. Neben dem institutionellen Rassismus, auf den ich später kommen werde, haben wir es auch immer wieder mit dem sog. Alltagsrassismus zu tun. Einem Rassismus der Bevölkerung eben, der Herrschaftsmethode der/des Individuums eines jeden autoritären, auf Entmündigung und Konkurrenz aufbauenden Systems ist. Und in eben einem solchen System muss sich hier jeder Mensch zurechtfinden. (...)

Die deutsche Politik antwortet in einem doppelten Sinne auf Fragen der Globalisierung: Zum einen spielt sie die Karte rassistischer Sondergesetze bei der Herausbildung des neuen imperialistischen Blocks EU aus, um im internationalen Vergleich die Sozialstandards in Sachen Asyl zu senken. Zum anderen reagiert sie auf die ökonomische oder kriegerische Mobilisierung von Millionen von Menschen durch neue, zum Teil privatisierte Sicherheitsmaßnahmen. Doch: sowenig wie sich die Bilder des Reichtums aus den Elendshütten der Welt verbannen lassen, sowenig halten sich die TrägerInnen der Sehnsucht nach einem sicheren Leben an die künstlichen Grenzen der jeweiligen Nationalstaaten. Haben sie noch nie. Ob vertrieben oder eher „freiwillig“ zieht der Mensch die Bahn seiner Wahl. Die Überwindung der Barrieren ist dabei ein so alter Volkssport wie das Speerwerfen.

Das Ganze könnten wir nun mit der Gelassenheit eines pay-TV Konsumenten sehen. Nur: während unsere Regierungen in den letzten Jahrzehnten u.a. aktiv an der Zerschlagung der Sowjetunion und der Bundesrepublik Jugoslawien teilgenommen hat und damit Flüchtlingsströme in lang nicht mehr gekanntem Ausmaß mitproduziert hat, schickt sich die selbe Regierung an, eben diese vertriebenen und mobilisierten Menschen wie Dreck zu behandeln.

Und da hört für uns als AntirassistInnen der Spaß auf. Menschenrechte sind unteilbar, die Würde des Menschen un-

antastbar und jedem Menschen muss der Respekt entgegengebracht werden, den auch wir selbst erfahren wollen. Als „kein mensch ist illegal“ arbeiten wir deshalb sowohl in anti-rassistischer Orientierung gegen den Rassismus in der eigenen Bevölkerung als auch gegen die rassistische Gesetzgebung aus den Parlamenten. Hier in Tübingen konkret haben wir derzeit zwei aktuelle Anlässe: den Kampf der Flüchtlinge für menschenwürdige Unterbringung, den wir so gut wir können unterstützen und den Widerstand gegen das sog. Zuwanderungsgesetz und vor allem seine Komponenten. Aus unserer Praxis heraus wissen wir, dass wir für eine effektive Umsetzung unserer Politik drei Dinge wesentlich brauchen:

1. den Zusammenschluss mit anderen, ohne die z.B. weder eine Luft-hansa-Kampagne noch die bundesweiten Grenzcampes möglich wären,
2. die Unterstreichung unserer Forderungen durch eine Politik der Praxis, des Widerstands und der Überschreitung legalistischer Grenzen, ohne die z.B. die selbstverständliche Unterstützung Illegalisierter gar nicht denkbar wäre und

3. eine kontinuierliche inhaltliche Auseinandersetzung unter den Bewegungen, ohne die z.B. die inhaltliche Bestimmung linker, antirassistischer Politik kaum den Weg aus dem Sumpf der arisch-rassistischen Gesellschaft nach 1945 gefunden hätte.

In diesem Sinne freuen wir uns auf den aktuellen Suchprozess des Tübinger socialforums oder wie es denn auch immer heißen soll. Und wir glauben, dass wir mit kontinuierlicher, solidarischer Auseinandersetzung und entschlossener gemeinsamer Praxis weitaus mehr erreichen können, als in den letzten Jahren durch unsere Vereinzelung möglich und denkbar war.

DGB Arbeitskreis Tübingen

Globalisierung ist überall. Sie reicht bis in mittlere und kleinere Betriebe hinein. In gleichem Maße wächst auch dort das Problembewußtsein.

Globalisierung und Neoliberalisierung lassen sich nicht nur an dem klassischen Nord-Süd-Konflikt festmachen. Wenn heute im indischen Bombay mehr Millionäre ansässig sind als in New York und gleichzeitig die Hälfte der Stadt aus Slums mit Armut und Elend besteht, dann ist dies ein Beleg dafür. Es gibt immer mehr Reiche und immer mehr Arme. Wenn sich dies in den reichen Industrieländern wie USA und Deutschland nicht umkehrt, dann wird es in Schwellenländern oder in noch ärmeren Staaten nicht anders sein.

Globalisierung fördert Egoismus und Raffgier, die auch bei uns immer mehr um sich greift. Beispiele: Bei der Fusion von Mannesmann und Vodafone erhält Esser für ein Jahr Managementarbeit nach Ausscheiden eine Abfindung von 60 Millionen Mark. Das Gehalt von Schrempp wird nach Zusammenschluß mit Chrysler von 2 Millionen auf 20 Millionen erhöht und selbst Direktoren von kleinen Regionalbanken oder Kreissparkassen verdienen heu-

te locker eine Viertelmillion Euro im Jahr. Gleichzeitig kommen von dort die härtesten Forderungen nach Niedriglöhnen. Wenn der Jet-Set im Badrut-Hotel in St. Moritz, in feinen Pelz gehüllt, vor Fernsehkameras erklärt, in Deutschland werde viel zu viel verdient und viel zu wenig gearbeitet, dann ist dies mehr als pervers.

Oder der Global-Player Deutsche Post AG. Das Unternehmen erzielt einen Rekordgewinn nach dem anderen, im vergangenen Jahr 1,6 Milliarden Euro. Gleichzeitig werden die Löhne von einem Tag auf den anderen für tausende ArbeitnehmerInnen um bis zu über 25 Prozent gesenkt. Auch im Raum Tübingen/Reutlingen sind Postlerinnen und Postler davon betroffen. Jetzt liegt deshalb eine Massenklage beim Arbeitsgericht Reutlingen.

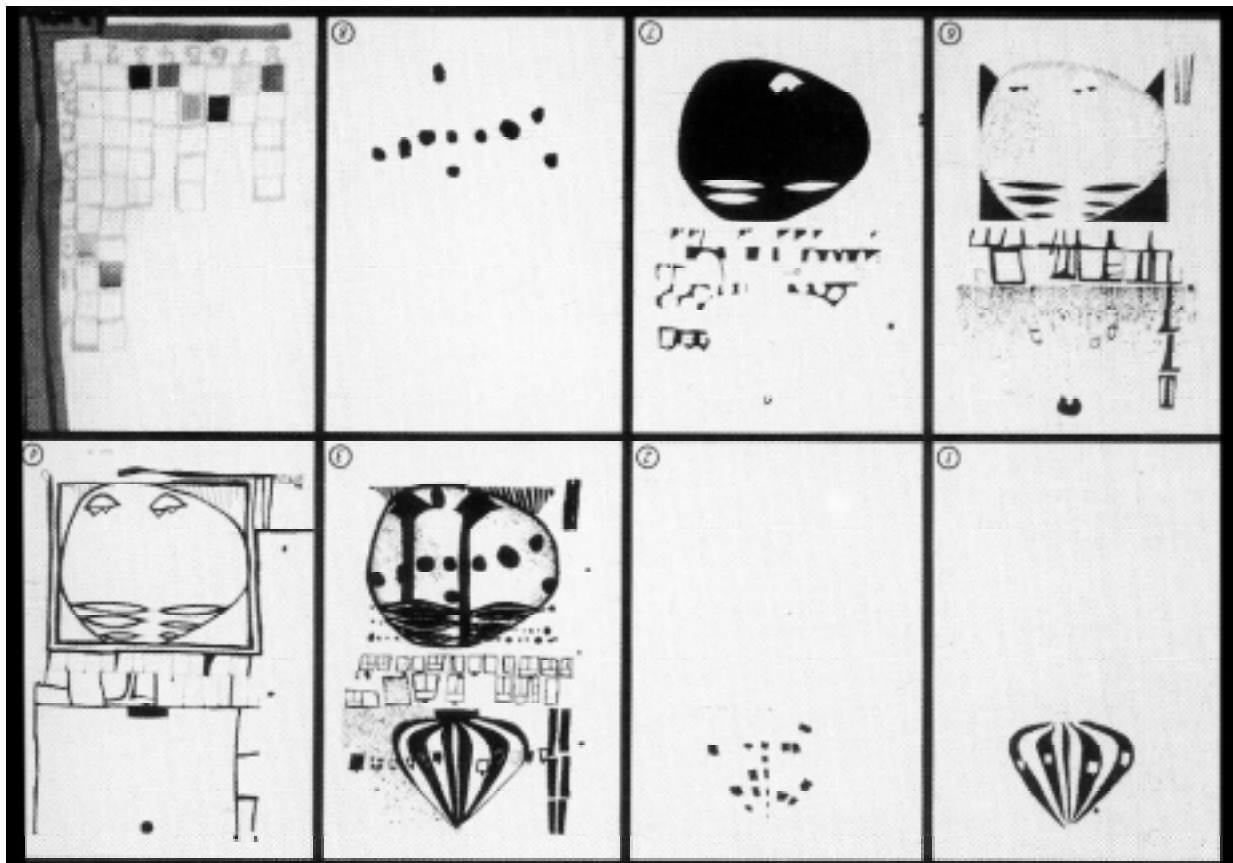
Es ist Zeit zur Umkehr. Ich wünsche mir, daß die Spitzen der Gewerkschaften dies schnell erkennen, mit der Kapitaleseite nicht nur Kooperation und den Konsens pflegen. Es muß dringend härter gestritten werden. An der Basis wartet man schon lange darauf. Arbeitskampf und Streik dürfen nicht zu Fremdwörtern werden. Und ich

habe schon lange einen Traum, gerade auch im Blick auf die notwendigen Aktionen gegen die ausufernde Globalisierung: Wenn z.B. in Deutschland alle ArbeitnehmerInnen nur einen einzigen Sonntag im Jahr "opfern" würden für eine Demonstration mit Millionen, was könnte dies alles bewegen! Man läuft Gefahr, irre zu werden bei dem Gedanken, welche Möglichkeiten verspielt werden!

Der DGB-Arbeitskreis Tübingen wird beim "Social-Forum" mitmachen, den Initiatoren gebührt Anerkennung. Wir laden alle Globalisierungskritiker herzlich ein, am 1. Mai in Tübingen bei Demonstrationen und Kundgebung mitzumachen. Das bundesweite Motto für den 1. Mai 2002 heißt "Globalisierung gerecht gestalten". Wir würden uns freuen, wenn zu den vier Kurzbeiträgen von GewerkschafterInnen ein weiterer aus den Reihen des "Social-Forums" kommen würde.

Herbert Binder

(es gab keine schriftliche Fassung)



Friedensplenum Tübingen

“Unterschiede aus der Vergangenheit prägen auch die Zukunft: ein homo globalis ist nicht in Sicht” (Zitat aus: Siegfried Böttcher, Kulturelle Unterschiede – Grenzen der Globalisierung) Kriege werden seit Jahrtausenden geführt. Was also hat Globalisierung mit Krieg bzw. Frieden zu tun? Wir meinen, daß die Globalisierung einerseits die Kriegsgefahren fördert, andererseits Kriege und Militarisation negative Auswirkungen der Globalisierung verstärken können. Die USA richten ihr strategisches Augenmerk nicht mehr nur auf Westeuropa, sondern verstärkt auf Asien mit dem Ziel, bei dem globalen Spiel um Euroasien die Karten in der Hand zu behalten. Für uns Friedensgruppen ergibt sich daraus zweierlei: zum Einen, daß die westeuropäischen Regierungen, allen voran die Bundesregierung, nun im Zuge dessen ebenfalls ihre Außenpolitik militarisieren, um auch ihre eigenen Interessen auf diesem Kontinent verfolgen zu können. Dies hat u.a. einschneidende Auswirkungen auf die deutsche Innenpolitik, nicht zuletzt durch die immensen Kosten für Rüstung, Militär und Sicherheitsapparate. Zu spüren sind sie für jeden von uns bis hinunter zu den ohnehin schon finanziell gebeutelten Städten und Kommunen: Stichworte sind Sozialabbau, Arbeitslosigkeit, Verschuldung, Privatisierung, Gefährdung demokratischer Rechte und alle hieraus resultierenden Probleme.

Zum Anderen wird unsere Friedensarbeit gefordert, aber auch erschwert dadurch, daß das Spiel auf dem “Schachbrett Eurasien” eben kein Spiel ist, sondern ein lang andauernder Krieg mit ungewissem Ende werden könnte. Es geht hierbei auch um Bodenschätze, Absatzmärkte und billige Arbeitskräfte. (...)

Mit der Globalisierung von Wirtschaft, Transport und modernen Kommunikationstechniken sowie der Herausbildung einer mobilen Weltgesellschaft internationalisieren sich natürlich auch die Schattenseiten wie Armut, Kriminalität, Drogenhandel und Waffengeschäfte. Dies kann Terror und Kriegen Vorschub leisten. Neu ist – so skizziert es Elmar Altvater in “Grenzen der Globalisierung” – seit dem Jugoslawienkrieg, daß die NATO mit

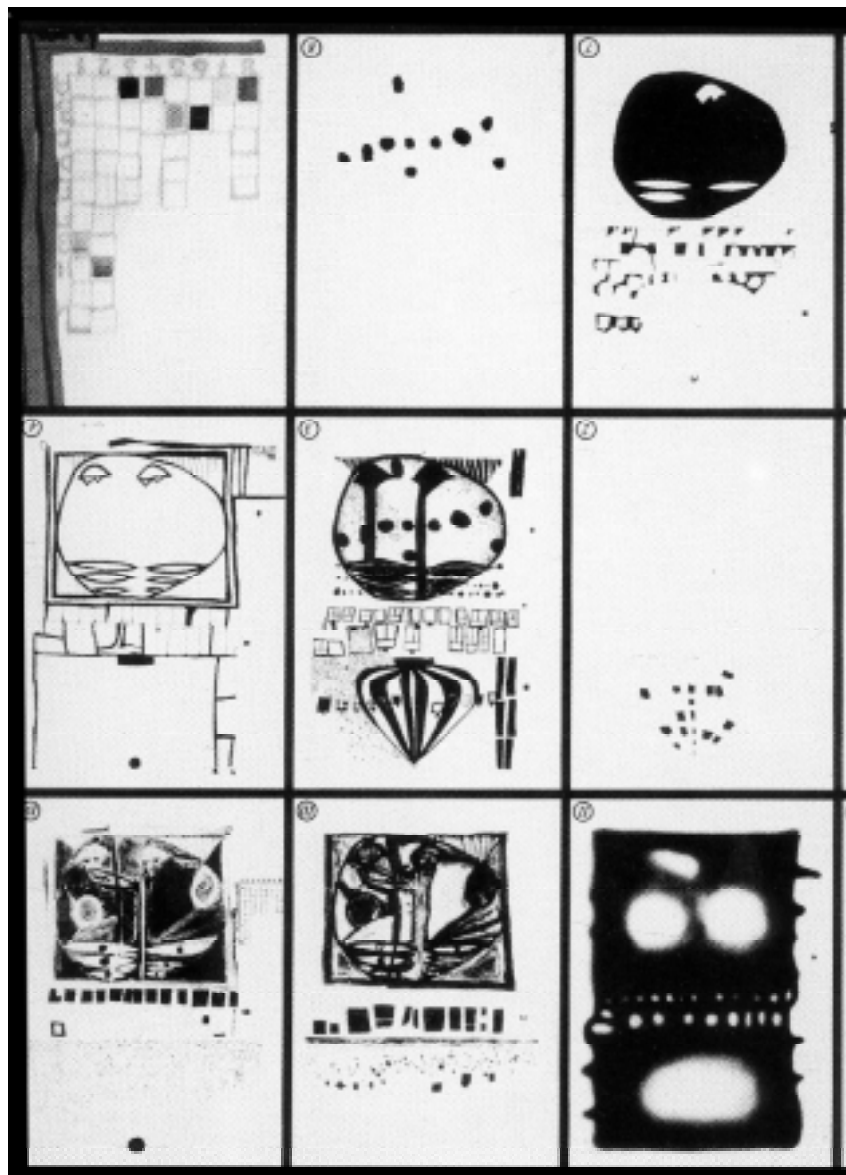
dem unterstellten universalistischen Prinzip der Menschenrechte oder dem Hinweis auf angebliche Selbstverteidigungsrechte und vitale Sicherheitsinteressen ungeachtet eines UNO-Mandats militärische Gewalt eingesetzt wird. Dies, um nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch die Welt nach eigenen geostrategischen Interessen neu zu ordnen, eine “neue Weltordnung” zu etablieren.

Notwendig wäre es, dem Autoritarismus der globalen Märkte und Mächte eine stärkere politische Demokratie entgegenzusetzen, auch mittels vernetzter lokaler Gruppen, Gewerkschaften und NGO's. Zu diesem Zweck sind wir heute zusammenge-

kommen. Für unsere Forderungen bleiben die Bundesregierung und ihre Repräsentanten vor Ort nach wie vor wichtige Ansprechpartner. Daneben gilt es, die Bevölkerung durch Aktionen auf diese Zusammenhänge aufmerksam zu machen: das Konsumverhalten zu hinterfragen (z.B. auch bei der Geldanlage), die Privatisierungen in der Region (z. B. Universitätskliniken), das Umweltverhalten (z. B. Förderung regenerativer Energien) und die Finanznöte der Kommunen.

Unsere Vision lautet: Eine Welt ohne Krieg ist nötig und möglich!

Brigitte Jahn



Thesen zur Gründung eines social forum Tübingen/Reutlingen

I. Einleitung: Wir sind in der Vorbereitung immer wieder darauf angesprochen worden, welche Vorstellungen wir mit der Gründung eines "social forums" verbinden. Weil wir keinen Diskussionsprozess dominieren wollten, waren wir damit bislang zurückhaltend. Nun wollen einige Thesen zur Diskussion stellen.

II. Zur Notwendigkeit neuer Politikformen

1. Neoliberale Politik und Globalisierung fordern viele Opfer: Lokal wie global. Ihre ideologischen Absicherungen lassen eine für soziale Veränderungen offene Zukunft kaum noch denkbar erscheinen. Wir stehen einer uniformen medial vermittelten politischen Öffentlichkeit gegenüber. In ihr ist keine andere Zukunft als die der Herrschaft des Marktes und der Global Players vorstellbar. Ob wir den Verheißungen einer radikalisierten Ökonomie widerstehen können, ist ganz entscheidend auch eine Frage der Denkbarkeit von Alternativen.

2. Es gibt zahlreiche Proteste gegen die Folgen von Neoliberalismus/Globalisierung, die aber in Deutschland großteils individuell und vereinzelt geführt werden.

Inzwischen ist aber weltweit eine soziale Bewegung entstanden, die nicht mehr Ja und Amen sagt, die nicht mehr die Unausweichlichkeit der kapitalistischen Globalisierung hinnimmt, mit Menschen, die sich wehren. Um politische Bedeutung hierzulande zu erlangen, muss die Vereinzelung überwunden werden.

3. Die globalisierungskritische Bewegung darf sich jedoch nicht auf symbolische Inszenierungen wie in Genua und Seattle beschränken – so wichtig diese sind –, sondern braucht eine Verankerung im politischen Tagesgeschäft lokal arbeitender Gruppen und Einzelpersonen. Daher muss der Protest gegen die Ökonomisierung des Lebens hier vor Ort deutlich werden. Und unser heutiges Hearing ist ein Schritt in diese Richtung.

4. Dabei geht es auch um eine Re-Politisierung der sozialen Frage.

Die Gesellschaft ist durchzogen von vielen isolierten Auseinandersetzungen und Kämpfen. Sie sind konkret und wenig spektakulär. Ihre Einbindung in ein lokales gesellschaftliches Forum gibt ihnen einen größeren Rückhalt und treibt sie im gegenwärtigen Rückenwind für die globalen Bewegungen von unten weiter voran. Ein »social forum« wäre ein Schritt zur Re-Politisierung der sozialen Frage.

Wir sind nicht so naiv anzunehmen, dass die klassischen Interessensorganisationen mit eher karitativer Ausrichtung und mit staatlichen Subventionen von heute auf morgen re-politisierbar sind. Aber ein Bezug auf ein social forum könnte auch ihrem Agieren einen anderen, einen politisch-oppositionellen Hintergrund geben.

III. Vorschlag: Gründung eines Tübinger "social form", das sich als Teil der internationalen Globalisierungskritik versteht und die lokal arbeitenden politischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Initiativen in einer Plattform zusammenbringt. Was bringt das und wie soll das funktionieren?

1. Proteste sichtbar machen

Das bedeutet, soziale Auseinandersetzungen transparent machen und wieder auf die Tagesordnung setzen. Damit können wir der herrschenden neoliberalen Ideologie der Verwertung, Bewertung und Abwertung menschlichen Lebens andere Sichtweisen auf die Organisation menschlichen Zusammenlebens gegenüber stellen. Dazu müssen wir uns

2. Aufeinander beziehen statt Vereinheitlichung

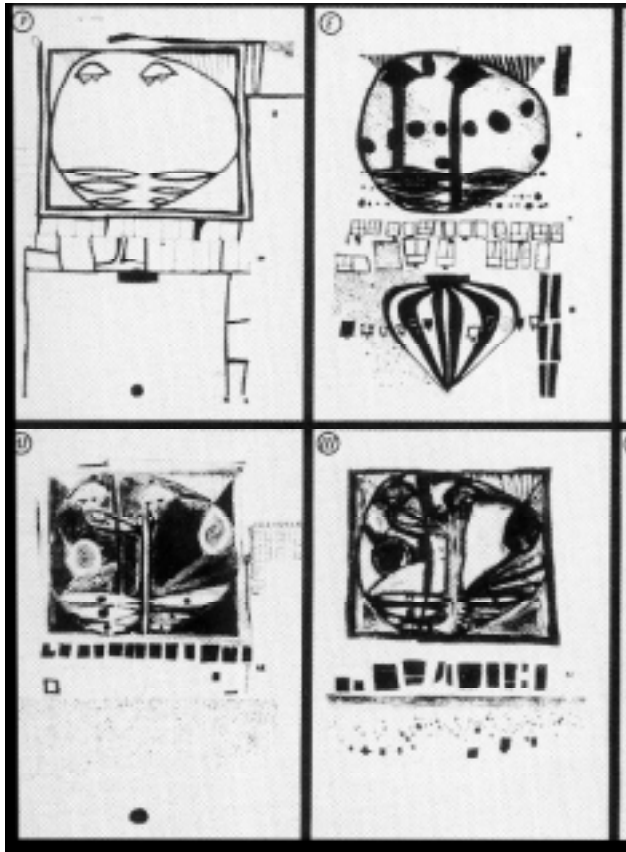
Das Ziel soll nicht eine vorschnelle Vereinheitlichung sein, sondern wir schlagen ein Aufeinander-in-Beziehung-setzen vor. Sich gegenseitig informieren/mobilisieren über/für jeweils geplante Aktivitäten ist ein Aspekt der Zusammenarbeit, sie sollte sich aber darin nicht erschöpfen.

3. Voneinander lernen

Das social forum soll einen Prozess ermöglichen, in dem alle Beteiligten ihre politischen Positionen schärfen, weiterentwickeln, neu definieren wollen und können.

4. Solidarität in der Praxis

Die Vernetzung macht Zusammenhänge erkennbar, auch für uns selbst. Das Netzwerk, das wir anstreben, beinhaltet eine Dynamik und die Möglichkeit eines Prozesses, der sich nicht so schnell vereinnahmen und befrieden lässt, weil wir durch unsere manchmal lockere, manchmal enge Form der Zusammenarbeit nicht so einfach gegeneinander ausspielbar



sind.

5. Spaltungen verhindern

Es kommt dabei darauf an, sich nicht in einen bösen und guten, militanten und konstruktiven Protest spalten zu lassen. Schon gar nicht von denen, die militärische Mittel zur Grundlage ihrer Außenpolitik gemacht haben. Wir müssen verstehen, dass wir hierfür die Vielheit («Multitude») des Protests brauchen. Dazu ist Offenheit notwendig. Wir müssen jenen Respekt füreinander entwickeln, den eine so neue Form der (Nicht-)organisationen nötig hat. Es geht nicht um den Sieg einer Linie, sondern es geht darum, die Kräfte der Selbstregierung zu stärken. Wer hier mit sozialdemokratischen, leninistischen, maoistischen, autonomen, anarchistischen oder gar grünen Führungsansprüchen daherkommt, der ist bereits zu spät gekommen.

6. Abgrenzung von der rechten Globalisierungskritik.

Aber das bedeutet keineswegs eine inhaltliche Beliebigkeit. Die von uns vorgeschlagene Plattform globalisierungskritischer Gruppen hat nichts zu tun mit Überfremdungsängsten, sie hat nichts zu tun mit der Verteidigung von Pseudo-Identitäten, seien sie ethnische, kultureller oder biologistischer Herkunft.

Das bedeutet eine klare Trennlinie zu rechten und nationalbornierten Positionen gegen Globalisierung. Die von uns vertretene Kritik der Globalisierung meint nicht die Verteidigung des "Standort Deutschland" oder "deut-

scher Interessen" bzw. der "Festung Europa".

Eine lokale Plattform globalisierungskritischer Gruppen kann daher nur auf der Basis von globaler Zusammenarbeit mit anderen ähnlich denkenden und handelnden Gruppen beruhen. Das social forum wird mit einer Kirchturmsperspektive nicht überleben.

7. Politische Differenzen offensiv thematisieren

Es bedarf auch inhaltlicher Diskussionen zwischen uns. Daher wollen wir auch kurz die politischen Differenzen ansprechen, die uns von einander trennen. Die politische Herausforderung, vor der wir stehen, ist, dass wir zwei unterschiedliche Spielarten von Kritik zusammendenken und zusammenbringen müssen.

Da sind auf der einen Seite diejenigen, die sich die Verteidigung des fordistischen Wohlfahrtsstaates zur Aufgabe gemacht haben. Sie setzen nach wie vor auf die bisherige Sozialstaatspolitik.

Auf der anderen Seiten finden sich diejenigen, die keinen großen Sinn in der Verteidigung des Sozialstaates sehen und die Krise des Fordismus als Ausgangspunkt für eine umfassende Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse sehen. Sie verweisen auf die Kontrollmechanismen und die Bevormundungen des Sozialstaates.

Dieser Widerspruch wird uns weiter beschäftigen.

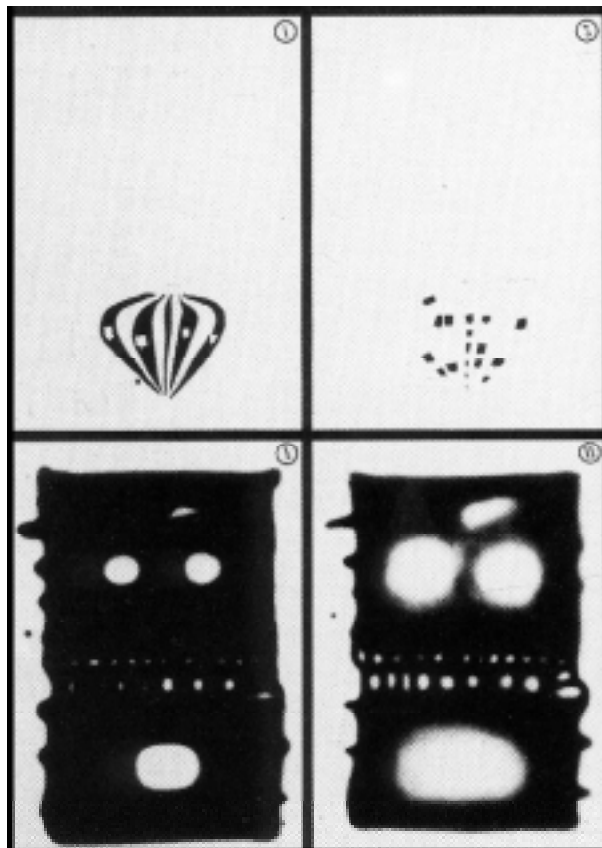
8. "Diffusität" als Vorteil

Die mit unserem Vorschlag notwendigerweise verbundene Diffusität sollten wir als Vorteil empfinden. Was nicht fassbar ist, lässt sich nur schwer denunzieren, in Schubladen packen und ablegen. Darin besteht ja gerade der Charme der ganzen Angelegenheit. Die Verortung in einer globalen außerparlamentarischen Bewegung verleiht den eigenen Anliegen eine größere Bedeutung. Eine solche Perspektive ermutigt das "Sich Einmischen", sie befördert das Engagement und sie verstärkt unsere Bedeutung in den kommenden sozialen Kämpfen.

9. Netzwerk-Gedanke

Das SocialForum soll ein Netzwerk ergeben aus Einzelpersonen, Gruppen und Initiativen, die lokal/regional zusammenarbeiten. Wir schlagen wir vor, an einer globalen sozialen Bewegung teilzuhaben, die gegenwärtig die Chance für einen emanzipatorischen Wandel besitzt. Kurzum, wir schlagen vor, ein "social forum" in Tübingen als inhaltliche Plattform zu gründen, das sich als vielfältige, außerparlamentarische Opposition versteht und auf die Stärkung der Selbstregierung abzielt.

Vorbereitungsgruppe



Protokoll der Abschlussdiskussion

1. Zum Subjekt der Veränderung:

Die Referentin Daniela Setton hatte die These aufgestellt, daß die Menschen in den Metropolen eine Veränderung der Verhältnisse im Grunde gar nicht wollen, da sie wissen, daß sie Nutznießer der neoliberalen Verhältnisse sind.

Diese These wird bestritten. Die Bevölkerung wäre durchaus unzufrieden mit der neoliberalen Politik, wisse nur nicht, wie sie diese Kritik äußern könne. Das Beispiel Porto Alegre zeige, wie eine Bevölkerung ermutigt werden kann, sich in regionale Politik einzuklinken und so in der Weise Einfluß auf den Haushalt zu nehmen, daß z.B. mehr Geld für Bildung und weniger für Militär ausgegeben wird.

So könnte auch das social forum in Tübingen/Reutlingen sich in die lokalen Haushaltsdebatten einklinken.

Ein weiterer Diskussionsteilnehmer meint, man hätte zunächst eine Befragung mit Betroffenen (Ausländern, wenig Verdienenden) durchführen müssen, um die soziale Lage analysieren zu können, und erst im zweiten Schritt, ein Bündnis wie das social forum einberufen sollen. Die InitiatorInnen hätten sozusagen den zweiten vor dem ersten Schritt gemacht.

Dagegen wird eingewandt, daß viele eingeladene Gruppen ja gerade täglich mit ImigrantInnen, Aids-Kranken, Marginalisierten etc. arbeiten, eine Erhebung sich damit erübrige: Die große Chance des Zusammenschlusses dieser unterschiedlichen Gruppen bestehe darin, diese Erfahrungen und Kompetenzen zu nutzen.

Eine Vertreterin der Kreis-Armutskonferenz warnt vor einer lokalen Verengung der Perspektive. Entscheidungen werden oft nicht auf lokaler Ebene gefällt. (»Über das Fleisch das in der Küche fehlt, wird nicht in der Küche entschieden«). Die Verbindung zu globalen Zusammenhängen muß im Auge behalten werden, sonst stimmen auch die lokalen Aktionen nicht.

2. Verknüpfung verschiedener Bereiche:

Vom Personalrat des Klinikums war im Hearing auf die drohende Zwei-Klassen-Medizin für Arme und Reiche hingewiesen worden. Diese, so der Einwand von »kein mensch ist illegal«, existiere schon für Flüchtlinge, die nicht in das hiesige Gesundheitssystem eingebunden seien. Hier ließe sich weiterarbeiten, so der Vertreter des Personalrates, z.B. zum Thema »Gesundheit, Rassismus und Zwei-Klassen-Gesundheitssystem«. Wie ist die Eingliederung der Flüchtlinge in das Gesundheitssystem zu erreichen etc. Zudem sei jeder von der drohenden Privatisierung der Kliniken in Baden-Württemberg betroffen.

Eine Verknüpfung verschiedener Gruppen ist auch notwendig im Blick auf die GATS (General Agreement on Trade and Services), die jenseits aller nationalen Regierungen Privatisierung von Gesundheit, Bildung, Wasser u.a.m. planen. Dagegen können wir nur »umbrella-mäßig« vorgehen!

3. Aktionsvorschläge:

a. *Volksuni (11. - 13.10.2002) mit Frigga und Wolfgang-Fritz Haug*

Titelvorschlag: »Die Widersprüche sind unsere Hoffnung«. Das würde das Loblied auf die Diffusität im input von Klaus Schönberger aufnehmen. Darunter lassen sich verschiedene Unterthemen subsumieren (z.B. Arbeit/Arbeitslosigkeit; Geschlechterverhältnis; Gesundheitswesen/Zweiklassenmedizin; Rassismus etc.)

Frigga und Wolfgang Fritz Haug, die von Berlin nach Esslingen gezogen sind, würden gerne eine solche Volksuni, wie sie seit 1980 in Berlin Tradition ist, hier mit aufziehen. Im Plenum gibt es Bedenken gegen zuviel Theorie (in vielen Gruppen angeblich schon geleistet, mehr konkrete Aktionen), aber auch Interessierte an einer solchen gemeinsamen Analyse aus verschiedenen Blickrichtungen.

b. *1. Mai 2002*

Herbert Binder vom DGB-Arbeitskreis Tübingen hat das social forum und alle Gruppen herzlich eingeladen hat, die diesjährige Mai-Demo und -Kundgebung tatkräftig mitzugestalten.

c. *Bundestagswahl 2002*

Es wird vorgeschlagen, die vielen Wahlveranstaltungen auszunutzen, um unsere Themen einzubringen und Druck auf die PolitikerInnen auszuüben und ihnen das Leben etwas schwerer zu machen.

Weitere Stichwörter aus der Abschlussdiskussion

Chancen, Erwartungen:

- Themenbezogenes Arbeiten, Handeln und Diskutieren über feste Gruppen hinaus
- Zusammengehen bei Aktionen
- Andere/ neue Menschen erreichen

Ziele:

- Repolitisierung der sozialen Initiativen
- Lust an/ auf Aktionen und Theorie machen/ haben

Bedenken:

- Viele Gruppen zusammenwerfen bringt noch nix. Nötig ist ein gemeinsames Projekt, von dem alle wissen, dass es ihrer Gruppe etwas bringt.
- Politische Ziele sollten klar formuliert werden; in dieser Hinsicht lieber kein zu breites Spektrum (unweigerlich Abrutschen in Reformismus)
- Befürchtung, dass ein "Laberkreis" entsteht

Weitere Themen:

- Kommunale "Budgetierung" nach Vorbild von Porto Alegre
- "Our World is not for sale"-Kampagne
- Rio plus 10

einige vorschläge zur weiteren arbeit (Reaktion des ZAK auf das Hearing)

ausgangslage: das sf sollte nicht die entwicklung vieler tübinger gruppen-zusammenschlüsse nehmen (roma-unterstützerInnen, initiative für die zusammenlegung der politischen gefangenen, friedensplenum ...), wo aus delegierten fast zwangsläufig eine eigene gruppe wurde, die sich dann auch mehr und mehr von den entsendenden gruppen gelöst hat. das passiert natürlich dann am leichtesten, wenn das sf ein eigenes schwerpunktthema hat. das sf kann aber auch nicht das forum sein, in dem alle gruppen nur ihre eigenen sachen machen.

1. das sf braucht gemeinsame projekte (1. mai; volxuni) und/oder gemeinsame schnittmengenthemen (zb. gesundheitspolitik).

die beteiligten gruppen, oder immer wieder eine andere schnittmenge aus ihnen, müssten sich für eine kampagne zusammentun, mit einem klar umrissenen ziel und zeitplan und danach einer klaren entscheidung, ob

es dabei bleibt (und sich die gruppe, deren hauptthema das war, der fortsetzung annimmt) oder ob ein neues projekt zu dem thema aufgezogen wird. evtl. kann das sf auch mehrere solcher projekte/schnittmengenthemen gleichzeitig bearbeiten. da muss aber etwas neues entstehen, es sollten und dann nicht nur jeder seine sache in das gemeinsame thema reinpacken, weil ja immer alles irgendwie zusammengehört es ist leichter für gruppen und einzelpersonen sich auf etwas überschaubares einzulassen. außerdem bleibt dadurch der forumcharakter erhalten.

2. das sf braucht ein regelmäßiges format.

z.b. kann das sf regelmäßige foren zu bestimmten themen anbieten, in denen (ähnlich wie am samstag) verschiedene gruppen ein themenfeld bearbeiten und dazu offen einladen. das ganze müsste sowohl von der inhaltlichen klarheit und offenheit (!) wie von der form der arbeit und diskussion

„ansteckend“ sein. wichtig ist, dass wir eine gewisse „qualität“ garantieren können, so dass diese foren mit der zeit einen ruf bekommen, dass es sich lohnt da hin zu gehen. bestimmte rituale (wie die suppenküche nach unseren zak-veranstaltungen) können hier auch wichtig sein. leute kommen dahin, weil sie sich informieren wollen, aber nicht nur konsumierend, sondern aktiv und sich evtl. auch aktivieren lassen zu aktionen, die von solchen foren ausgehen. sie kommen aber auch dahin, weil

sie dort eine gute zeit verbringen wollen.

jeweils im anschluss an die thematischen foren könnten offene sf-plenas stattfinden, in denen über weitere gemeinsame aktivitäten beraten wird, neue themen für die foren vorgeschlagen werden, aktionen entwickelt und dann bestimmten gruppen „in auftrag gegeben“ werden.

3. das sf muss auch leute ansprechen, die nicht schon aktiv sind

es gibt genug leute, die lange organisiert waren, jetzt draußen sind und meinen, man müsste mal wieder, aber keinen anschluss finden, ihn auch nicht wirklich wollen. von ihnen kann man sicher nicht allzuviel erhoffen. doch man kann sie zum einen punktuell miteinbeziehen und zum andern als multiplikatorInnen, oder anders ausgedrückt, als lebendigen rand einer bewegung nutzen, der hinausreicht über das eigene und hinein in kreise, die wichtig, aber nicht unmittelbar organisierbar sind.

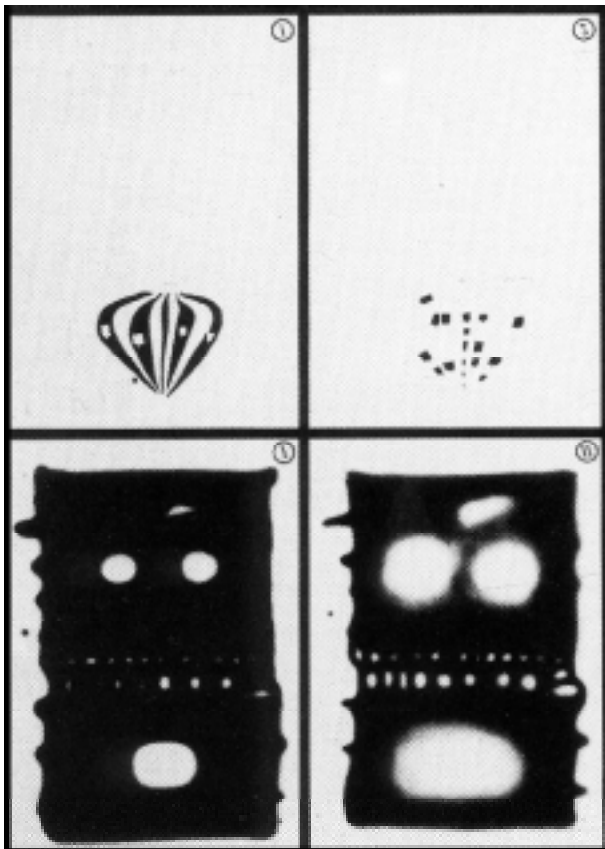
4. das sf muss verantwortlichkeiten verteilen

wie könnte das aussehen: bei einem der nächsten sf-treffen werden themen gesammelt und auf die nächsten monate verteilt. jeden monat gibt es dann ein forum. immer ein paar gruppen sind für ein forum verantwortlich. die sf-vorbereitungsgruppe wird somit nicht nur entlastet, sondern auch „entmachtet“. gerade in der hohen aktivität und kompetenz der gruppe besteht die gefahr, dass sie mit dem sf identifiziert wird.

5. das sf braucht einen sprecherInnenrat

informelle machtsstrukturen sind viel hartnäckiger zu knacken, transparenz viel schwerer herzustellen, als wenn klar ist, ein plenum hat den und die für eine bestimmte zeit zu sprecherInnen bestimmt, mit klaren aufgaben und erlaubnissen (zb. schnell eine presseerklärung rausgeben zu können, ohne aufs nächste plenum zu warten...).

zak (zentralamerika-komitee/ zwölf alternde kader), 1.3.2002



Anhang

Texte, Flugblätter

Wohlfahrtsausschuß Tübingen (Herbst 2001)

Widerstand gibt es nicht nur in Genua:

Rivolta locale!

Für die Vernetzung im »Social Forum« Tübingen/Reutlingen

„... wiederholen wir es noch einmal, die Welt und ihre Staaten sind ebensowenig Herren ihres Plans wie die Revolutionäre auf immer verurteilt, den ihren stets zu deformieren. Alle diese Parteien sind durchaus noch unentschieden. [...] Die Frage nach der Zukunft der Revolution ist eine schlechte Frage, weil, solange sie gestellt wird, es immer noch Leute geben wird, die nicht revolutionär werden, und weil sie dazu dient, die Frage nach dem Revolutionär-Werden der Menschen, auf jeder Ebene und an jedem Ort, zu unterbinden.“ (Gilles Deleuze)

Ein Gespenst geht um in Europa. Das Gespenst der (Anti-) Globalisierungsbewegung. Alle Mächte des alten Europas und der neuen Welt haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet. Zweierlei geht aus dieser Tatsache hervor: Die globalen Bewegungen, die das Recht der menschlichen Gemeinschaft gegen den Terror der Ökonomie verteidigen, werden von den Sachwaltern des globalen Kapitals und den ideologischen Staatsapparaten bereits als eine Kraft anerkannt. Und, es ist hohe Zeit, daß die verschiedenen Bewegungen der Globalisierung von unten allerorten ihre Anschauungsweisen, ihre Zwecke, ihre Tendenzen in dieser Stadt, in diesem Land und vor der ganzen Welt offenlegen und den Märgeln, die die Medien, die „Global Players“, die Regierungen und ihre Parteiliederungen über sie verbreiten ihre eigenen Sichtweisen selbst entgegenstellen.

Wir stehen an der Schwelle eines gesellschaftlichen Umbruchs. Von Seattle bis Genua wird in vielen Ländern, Regionen und Städten - so auch in Tübingen/Reutlingen - spürbar, daß die bisher vorherrschende Sicht auf die Gesellschaft wankt. Wurde nach 1989 das „Ende der Geschichte“ gepredigt, die Alternativlosigkeit des bestehenden Gesellschaftssystems großmäulig verkündet und das Credo des globalisierten Kapitalismus als weltweite Entwicklungsmaxime herauf- und herunter gebetet, so schwindet mittlerweile von Tag zu Tag der Glauben an die unsichtbare Hand des heiligen Markts, der angeblich zum Nutzen und Frommen aller wirken soll. Die liberal-grüne Idee eines Kapitalismus, der von innen heraus verändert und zivilisiert werden könnte, hat sich offensichtlich erledigt. Das Problem ist nun, den Einstieg in den Ausstieg zu finden. Es liegt an uns, diese Frage zu stellen.

Trotz aller staatlicher Gewalt (Mord, Folter, Mißhandlungen, Einschränkung des Grundrechts auf Bewegungsfreiheit usw.), mit der die Regierungen der G8-Staaten den Globalisierungsbewegungen in Genua und im eigenen Land gegenübergetreten sind, ist das Gespenst nicht mehr in der Flasche zu halten. Es hat sich selbständig gemacht. Auch die Aufforderung linksliberaler Zeitungen an die Grünen, sich doch gefälligst an die Spitze der Bewegungen zu stellen, wird nicht helfen. Der Marktfetischismus der rot-grünen Regierung wird fortan nicht mehr unwidersprochen und teilnahmslos erduldet. Die allerorten vernehmbaren Kämpfe gegen die Verwertung, Bewertung und Abwertung menschlichen Lebens werden von keinem abgestan-

denen Geschwätz gestoppt oder re-integriert werden können. Ya basta! - Es reicht, wir wehren uns!

Vorschlag für die lokale Verankerung globaler Bewegungen in einem »Social Forum«

Es ist an der Zeit, auch in Tübingen/Reutlingen wie andernorts in Deutschland, wo der soziale Protest gegen die gewaltförmige Suspendierung wie die schleichende Aushöhlung demokratischer und sozialer Rechte im europäischen Vergleich noch nicht ausreichend entwickelt ist, die globalen Bewegungen stärker in Erscheinung treten zu lassen.

Es geht darum, den Protest nicht auf die symbolischen Inszenierungen der Macht und deren Orte und Termine zu beschränken. Denn wenn es nicht gelingt, den Alltag mit dem Widerstand zu verknüpfen, wird der Protest sehr bald verpuffen. Daher muß der Protest hier vor Ort deutlich werden. Die globalen Bewegungen gegen die Ökonomisierung des Lebens beginnen vor der eigenen Haustüre. In ihren lokalen Ausprägungen sind sie Bestandteil des sozialen Protests, der sich gegen die Auswirkungen des Kapitalismus weltweit formiert. Die Gesellschaft ist durchzogen von vielen isolierten Auseinandersetzungen und Kämpfen, aber sie sind konkret und wenig spektakulär. Ein »Social Forum« wäre ein Schritt zu ihrer Verbreiterung und gegenseitigen Unterstützung. Die Einbindung in ein lokales gesellschaftliches Forum gibt den jeweiligen sozialen Auseinandersetzungen einen größeren Rückhalt und treibt sie im gegenwärtigen Rückenwind für die globalen Bewegungen von unten weiter voran.

Hierzu gehört der lokale Widerstand gegen die Zurichtung der Universität zu Verwertungszwecken, den Pflege-notstand, die Drangsalierung der SozialhilfeempfängerInnen, die Abschiebungen von Flüchtlingen und die neuen Grenzregimes, die Shareholder Value-Mentalität, die Privatisierung und Militarisierung des öffentlichen Raums sowie die Ausgrenzung sozial Unerwünschter, die anstehenden Gesundheits- und Rentensystemdeformationen, die fortschreitende Militarisierung der Außenpolitik, die fehlenden Kinderbetreuungsplätze und Lehrerstellen, die Abschaffung der SchülerInnenbeförderung, die Aushöhlung der Tarifverträge, die Entfesselung des staatlichen Gewaltapparates, die rassistischen und sexistischen Arbeitsteilungen usw. Diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Eine Aufgabe eines solchen gesellschaftlichen Forums wäre es gerade, verschiedene Felder der Auseinandersetzung öffentlich zu machen und in den globalen Kontext rückzubinden. Dabei geht es nicht um Vereinheitlichung, aber trotz aller Differenzen sehr wohl auch um gemeinsames Handeln.

Was sind die Grundlagen und Ziele der Vernetzung in einem lokalen gesellschaftlichen Forum? Ein solches Forum ist zugleich mehr und weniger als ein Bündnis unterschiedlicher politischer Gruppen. Weniger, weil es bei gemeinsamen Aktionen zunächst eher zu einem Nebeneinander als einem Miteinander kommen wird. Mehr, weil es im Sinne von politischer Repräsentation nicht mehr mit einer Stimme sprechen braucht und über die in einem solchen Zusammengehen vertretenen Inhalte kein vollständiger Konsens zu bestehen muß. Das beinhaltet eine Vielheit von Aktions-

formen und Inhalten, die sich nicht auf eine einheitliche Linie oder einen kleinsten gemeinsamen Nenner reduzieren muß. Genau das ist unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen eine unserer größten Stärken. Wenn der Streit nicht bloß um abstrakte Begriffe wie „Globalisierung“ oder „Neoliberalismus“ geht, sondern in gemeinsames Handeln eingebunden ist, dann besteht zugleich die Chance auf einen inhaltlichen Diskussionsprozeß, in dem sich die verschiedenen Spektren des Protests produktiv und kritisch zueinander in Beziehung setzen können.

Solange wir das Neue dieses Protests noch nicht in Begrifflichkeiten kleiden können, sprechen wir selbst noch von „Bewegungen“ oder sogar fälschlicherweise vom „Antiglobalisierungsprotest“, im Hinblick auf die Vielzahl der Stimmen des Dissenses, die gerade dabei sind, einen globalen Ausdruck zu finden. Es kommt dabei darauf an, sich nicht in einen bösen und guten, militanten und konstruktiven Protest spalten zu lassen. Wir müssen jenen Respekt für einander entwickeln, den eine so neue Form der (Nicht-) Organisation nötig hat. Wir müssen verstehen, daß wir die Vielheit (»Multitude«) des Protests brauchen.

Ein »Social Forum« wäre im wahrsten Sinne des Wortes eine „Nicht-Regierungsorganisation“. Nicht in dem Sinne, daß die dort zusammenkommenden Gruppen nicht zur Regierung gehören, sondern, daß ihr Ziel eine Selbstorganisation der Gesellschaft ist, die sich der Herrschaft der ökonomischen und politischen Oligarchien entzieht und, wo nötig, im Sinne von Selbst-Regierung entgegenstellt. Eine solche Tendenz

muß sich auch in der Organisationsform niederschlagen. Ein »Social Forum« ist ein Paradox, weil es der Artikulation von sozialem Protest dient, ohne daß es einen einheitlichen Protest repräsentiert. Die Vielheit der Inhalte und die Weigerung, mit einer Stimme - und auch gleichzeitig - zu sprechen, ist nicht nur Ausdruck unserer Unterschiede, nicht nur Selbstschutz gegen positive wie negative Vereinnahmungsversuche aller Art, sondern zugleich auch die adäquate Antwort auf neue Bedingungen der gesellschaftlichen Vernetzung und der technischen Beschleunigung. Wir sollten unsere Differenzen nicht als Hindernisse, sondern als sich ergänzende Werkzeuge begreifen. Lassen wir uns in die globale Widerstandsbewegung gegen die fortschreitende Ökonomisierung allen Lebens verwickeln!

Machen wir den sozialen Protest sichtbar und hörbar: Ein erster Arbeitsschritt wäre eine Bestandsaufnahme und Sichtbarmachung der lokalen und regionalen Kämpfe gegen die Radikalisierung der Ökonomie. Eine mögliche Arbeitsweise wäre es, die künftigen Gipfel-Events in ihrer lokaler Bedeutung vor Ort zu begleiten. Ein weiterer Ansatzpunkt ist es, den lokalen Sachwaltern der Abwertung, Bewertung und Verwertung menschlichen Lebens ihren Alltag so schwer wie nötig zu machen.

Rivolta Globale und lokale Vernetzung!
Ein »Social Forum« in jeder Stadt!

Kontakt:
wohlfahrtsausschuss-tuebingen@gmx.net